

Dr. Alexander Klier

## Vom öffentlichen Ausgang des Demokratischen und der Rückkehr der Politischen Bildung in die Öffentlichkeit

### Inhalt / Abstract

Diese Ausführungen gehen auf meine Erfahrungen als Kurator der Station "Brücken zur Demokratie" im Rahmen der 850 Jahr Feier von München im Juli 2008 sowie die Beteiligung des DGB Bildungswerks München am Courage Tag am 29. August 2010 im Münchner Olympiapark und des DGB Bildungswerks Bayern am Lernfest am 23. Juli 2011 im Klenzpark in Ingolstadt zurück. Sie sollen diese Erfahrungen theoretisch fundieren und allgemein übertragbar machen.

Die These, die hinter diesen Ausführungen steht ist die, dass sich politische Bildungsarbeit bezüglich des Ortes der "Leistungserbringung" grundsätzlich anders aufstellen muss, will sie auch in Zukunft erfolgreich sein. Darauf sind die Träger und Institutionen jedoch weder strukturell vorbereitet noch dafür finanziell ausgestattet. Hilfreich bei der Argumentation kann sein, einen Rückbezug auf die Historie politischer Meinungs- und Willensbildung vorzunehmen. Diese fängt spätestens bei Sokrates und seinen öffentlichen Dialogen an.



Dieses Werk unterliegt den Lizenzbedingungen der **Creative Commons 3.0**.

Sie dürfen

- das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen und
- Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen.

Folgende Bedingungen sind dabei zu beachten:

- **Namensnennung (BY)** — Sie müssen den Namen von mir nach den gebräuchlichen Zitierregeln nennen.
- **Keine kommerzielle Nutzung (NC)** — Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- **Weitergabe unter gleichen Bedingungen (SA)** — Wenn Sie das lizenzierte Werk bzw. den lizenzierten Inhalt bearbeiten oder in anderer Weise erkennbar als Grundlage für eigenes Schaffen verwenden, dürfen Sie die daraufhin neu entstandenen Werke bzw. Inhalte nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

## Inhaltsverzeichnis

|                                                                                                     |           |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>1. Sokrates, Platon und die Folgen: Vom Politischen in der Polis und in aller Öffentlichkeit</b> | <b>3</b>  |
| <b>2. Orts-Bestimmung: Vom Kommen und Gehen in der Politischen Bildung</b>                          | <b>6</b>  |
| 2.1 Begriffsklärungen: Öffentlichkeit, Aufgabe von Politik, Demokratie und Politische Bildung       | 7         |
| 2.2 Polis: Das Politische und Demokratische in der Antike                                           | 9         |
| 2.3 Staat: Politische Bildung in der Tradition von Aufklärung und Moderne                           | 11        |
| 2.4 Öffentlichkeit: Wo findet man das Politische heute?                                             | 13        |
| 2.5 Politische Lenkung: "Place Making" als Zukunft des Politischen?                                 | 14        |
| <b>3. Die notwendige Rückkehr der Politischen Bildung in die Öffentlichkeit</b>                     | <b>17</b> |
| 3.1 Stadtteilrundgänge als politische Bildung in öffentlichem Raum                                  | 18        |
| 3.2 Courage lernen - auch in Fragen politischer Bildung                                             | 19        |
| 3.3 Das gezielte Umsetzen des "Politischen" im Bereich großer öffentlicher Veranstaltungen          | 21        |
| <b>4. "Res Publica": Öffentlichkeit durch aufsuchende politische Bildungsarbeit sicherstellen</b>   | <b>25</b> |
| 4.1 Denk-Orte: Zur räumlichen Struktur öffentlich geförderter politischer Bildung                   | 29        |
| 4.2 Interne Öffentlichkeit: Zum Politischen in "unpolitischen" Kursen                               | 31        |
| 4.3 Argumentieren: Zu didaktischen und politischen Kompetenzen der Bildung im Raum des Öffentlichen | 33        |
| <b>5. Literatur</b>                                                                                 | <b>35</b> |

## Bildverzeichnis

|                                                                                        |    |
|----------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Abbildung 1: Die Schule von Athen                                                      | 4  |
| Abbildung 2: Mosaik von Platons Akademie                                               | 5  |
| Abbildung 3: Forum Romanum um 1880                                                     | 8  |
| Abbildung 4: Überreste einer Agora in Hierapolis 2008                                  | 10 |
| Abbildung 5: Demonstration von Pazifisten im Berliner Lustgarten 1921                  | 12 |
| Abbildung 6: Demonstration gegen Stuttgart 21 am 13. August 2010                       | 13 |
| Abbildung 7: Burg Katz - Oberes Mittelrheintal als Weltkulturerbe und Kulturlandschaft | 15 |
| Abbildung 8: Ankündigung von Stadtteilrundgängen in Hamburg 2010                       | 18 |
| Abbildung 9: Tag der Courage 2010 in München und Lernfest in Ingolstadt 2011           | 20 |
| Abbildung 10: Logo der Station "Brücken zur Demokratie"                                | 22 |
| Abbildung 11: Zeitzeugengespräch auf offener Bühne                                     | 23 |
| Abbildung 12: Luitpoldblock und Platz der Opfer des Nationalsozialismus in München     | 26 |
| Abbildung 13: Siena - Piazza del Campo (Italien)                                       | 28 |
| Abbildung 14: Breslau - Ring (von der Ostseite)                                        | 30 |
| Abbildung 15: Chemieunterricht im Gymnasium, Juni 1988                                 | 32 |

# 1. Sokrates, Platon und die Folgen: Vom Politischen in der Polis und in aller Öffentlichkeit

*„So tat gerade er stets alles in voller Öffentlichkeit. Am frühen Morgen ging er nämlich [...] wenn der Markt sich füllte [...] und auch den Rest des Tages war er immer dort, wo er mit den meisten Menschen zusammen sein konnte“ (Xenophanes, zitiert nach Wikipedia).*

Sokrates mochte seine Zeitgenossen nicht selten tierisch genervt haben, indem er in seinen Dialogen immer wieder den Nachweis führte, dass es mit ihrem Wissen nicht so ganz weit her war. Besonders schmähsch war das sicher für die "Experten", also etwa ambitionierte Nachwuchspolitiker, unter ihnen. Sie wurden durch die Kunst seiner Gesprächsführung oft genug bloßgestellt. Und wenn sie begrifflich schon nicht klar kamen, dann konnte es mit dem kompetenten Vertreten der Interessen der Bürger auch nicht weit her sein, so der naheliegende Schluss. Das war sicher einer der Gründe, warum er schließlich wegen verschiedener Delikte angeklagt und zum Tode verurteilt wurde. Unter den Delikten waren etwa "Verführung der Jugend" und "Gottlosigkeit" - aber auch "Wortverdreherei". Wohl in Anspielung auf die Tatsache, dass er es immer genau wissen wollte, wenn Menschen sich zu politischen Anliegen äußerten. Vor Gericht war jedoch nicht die Tatsache, dass er die Dialoge führte, das Problem, sondern vor allem der Ort, an dem er sie führte: In aller Öffentlichkeit. "Seinen Wirkungsmittelpunkt hatte Sokrates auf dem belebten Marktplatz von Athen" (Wikipedia: [Sokrates](#); 13.04.2011). Und letztlich agierte er vor Gericht so wie in seinem bürgerlichen Leben: Er nutzte seine Rechtfertigung um öffentlich den (politischen) Standpunkt der Richter kritisch zu hinterfragen. Sokrates' Meinung bezüglich politischer Willensbildung war klar: Sie muss öffentlich und im Dialog geschehen. Deshalb existieren - im Gegensatz zur Tradition seiner Schüler - von ihm selbst auch keine Aufzeichnungen über die einzelnen Dialoge oder deren thematischer Aufbereitung. Bereits die schriftliche Fixierung von Problemstellungen konnte in seinen Augen die Aufgabenstellung vereiteln die da heißt, den Menschen über Dialoge bei der "Geburt" (Mäeutik = Hebammenkunst) von Wissen zu helfen<sup>1</sup>.

---

1 Hiermit will ich natürlich keine philosophiegeschichtlich korrekte Abhandlung über Sokrates liefern. Mir geht es darum, den interessanten Kern des sokratischen Argumentierens, die er selbst "Mäeutik" (Hebammenkunst) nannte, darzulegen. Und mit der grundlegenden Wende seiner Schüler zu vergleichen um daraus Lehren für die heutige Zeit ziehen zu können. "Diese Kunst der Gesprächsführung und ihre philosophischen Inhalte sind nur indirekt überliefert worden, da Sokrates selbst nichts Schriftliches hinterlassen hat" (Wikipedia: [Sokrates](#); 15.04.2011). Insbesondere zur Wirkungsweise der Sokratischen Dialoge gibt es dennoch hervorragende Literatur die lesenswert auch deshalb ist, weil sie in der heutigen Gesellschaft dazu beitragen kann, wieder etwas ernsthafte über die Natur und Struktur politischer Argumentation nachzudenken.



**Abbildung 1: Die Schule von Athen**

Dieses Bild von Raffael hängt derzeit im Vatikan (Stanza della Segnatura) in Rom. Sokrates ist dargestellt als gestikulierender Mann in der hinteren Reihe, linke Seite mit dem braunen Umhang (gelber Kreis). Auch in diesem Bild wird deutlich, dass es Sokrates darum ging, mit den Menschen - an deren Orten und Wirkstätten - in den Diskurs zu treten. Der normale Wirkungskreis war der belebte Athener Marktplatz und nicht etwa die Schule oder eigene Bildungsinstitutionen mit ihren Räumlichkeiten.

Quelle: Gemeinfreie Datei auf Wikipedia. Bild verfügbar unter der URL  
[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/68/Raffael\\_058.jpg](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/68/Raffael_058.jpg)

Die wichtigsten Aufzeichnungen sokratischer Dialoge hinterließ sein wohl bedeutendster Schüler: Platon. Wie wichtig die Aufzeichnungen sokratischer Dialoge für politische Bildung wurden, mag die Rezension der Renaissance und Neuzeit zeigen. Viel interessanter im Zusammenhang mit dem hier gewählten Thema ist aber, dass mit Platon und der Gründung der *Akademie* der Ort des politischen Diskutierens und Philosophierens verlegt wurde. In die Räume bzw. Gänge des *Akadēmeia* genannten Hains, in dem fortan unterrichtet wurde. Und der wiederum als Name zum Synonym für Wissenschaft (Akademie der Wissenschaften) und politisch-philosophische Bildung wurde. Die sokratische Dialogform wird in den schriftlichen Werken bei Platon zunächst noch beibehalten. Doch hinzu kommen auch andere, vor allem



formellere Formen der Bildung, beispielsweise der Lehrvortrag, der an der Akademie eingeführt wurde. Das alles jedoch - übrigens für die damalige Zeit durchaus sensationell - kostenlos und ohne soziale Rangordnung.<sup>2</sup> Aristoteles, wiederum ein Schüler von Platon, verfasste seine an die Öffentlichkeit gerichteten (und heute nicht mehr vorhandenen) Überlegungen ebenfalls noch in Form von Dialogen. Die internen Lehrschriften dagegen wurden bereits (sprach-) logisch aufgebaut.

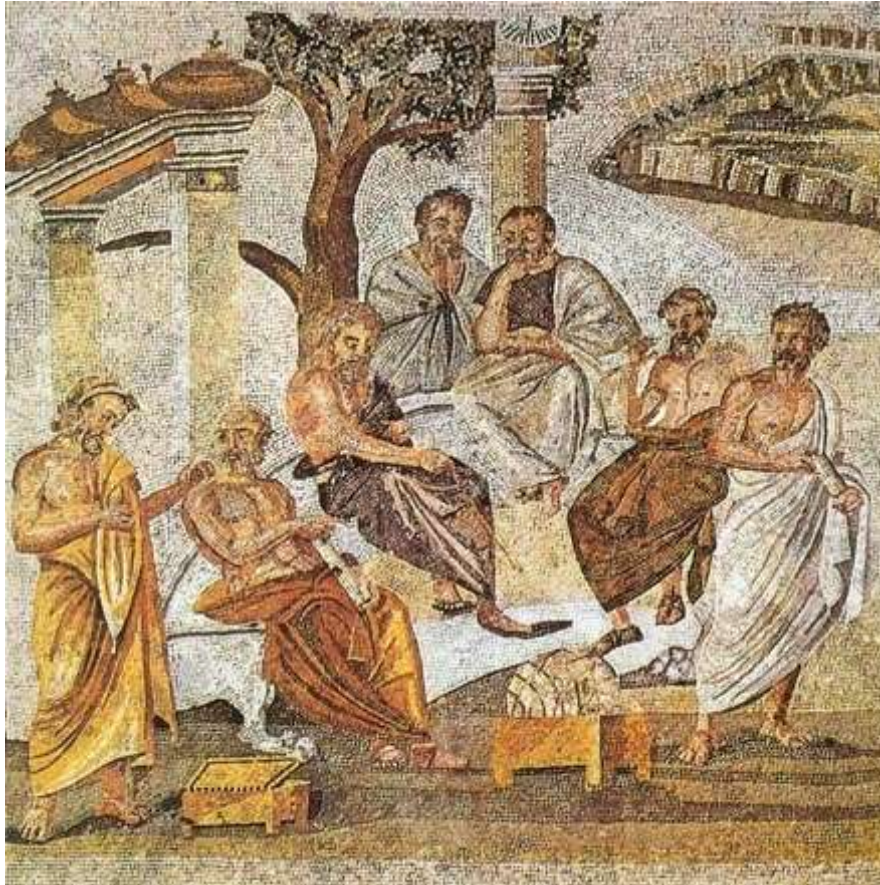


Abbildung 2: Mosaik von Platons Akademie

Dieses Mosaik eines Fußbodens in Pompeji soll Platons Akademie zeigen. Der Name, der sich bis heute zu Akademien als Orte auch höchster Formen politischer Bildung erhalten hat, bezog sich zunächst auf ein Grundstück, das Platon im Nordwesten Athens kaufte um dort seine Lehrtätigkeiten fortzusetzen und nach dem attischen Heroen Akademos benannt war. "Da im Laufe der Zeit der Name von dem Hain auf die Schule übertragen wurde, begannen sich die Schulmitglieder Akademiker (*Ἀκαδημαῖκοι* *Akademaikoi*) zu nennen" (Wikipedia: [Platon](#); 16.04.2011). Die Hinrichtung von Sokrates als seinem Lehrer hinterließ so tiefe Spuren auf die Form und den Ort, in dem politische Bildung fortan ansetzte.

Quelle: Gemeinfreie Datei auf Wikipedia. Verfügbar unter der URL:

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/48/Plato%27s\\_Academy\\_mosaic\\_from\\_Pompeii.jpg](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/48/Plato%27s_Academy_mosaic_from_Pompeii.jpg)

<sup>2</sup> "Der Unterricht war normalerweise kostenlos, und es galt das für damalige Verhältnisse ungewöhnliche Prinzip der Gleichberechtigung der Lernenden, es fehlte also eine auf Abstammung und Herkunft basierende soziale Rangordnung" (Wikipedia: [Platonische Akademie](#); 17.04.2011). Auch für Frauen an der Akademie gibt es eine Reihe von Belegen, mindestens zwei Frauen sind namentlich bekannt. Das ist deshalb erwähnenswert, weil natürlich auch Sokrates und Platon Menschen, genauer: Männer ihrer Zeit waren. Als vollwertige Menschen galten im Rahmen der attischen Demokratie nur Männer. Nur diese hatten auch das Wahlrecht und damit Zugang zur politischen Öffentlichkeit.

## 2. Orts-Bestimmung: Vom Kommen und Gehen in der Politischen Bildung

*"Auf der Agora dagegen wird in einem öffentliche Streitfall Recht gesprochen: ein 'politischer' Vorgang von strukturierter Form. Das teilnehmende männliche Volk, durch Zurufe urteilend und Partei ergreifend, stellt aktive "Öffentlichkeit" her" (Hölscher 1998, S. 26).*

Als Sokrates tätig wurde waren die griechischen Poleis bereits etabliert. Sie bildeten für die politischen Aktivitäten ihrer Bürger den strukturellen Rahmen. Und so müsste die Kernaussage über den Menschen als "Zoon Politikon" ("ζῷον πολιτικόν"), die auf Aristoteles zurückgeht, eigentlich richtig lauten "Lebewesen in der Polis-Gemeinschaft". D.h., "die geläufige Übersetzung [als] 'politisches Lebewesen' trifft nicht den Sinn" (Wikipedia: [Zoon politikon](#); 15.04.2011). Es stellt eine verkürzte Betrachtung der aristotelischen Wesensbestimmung des Menschen dar. Diese besagt ursprünglich, dass Menschen soziale und auf Gemeinschaft angelegte sowie Gemeinschaften bildende Lebewesen sind. Gemeinschaft ist hier zum einen sehr viel weiter zu verstehen als lediglich politische Gemeinschaft oder gar nur staatliche Organisation. Es geht um all die Bestandteile, die über eine rein private Existenz hinaus reichen. Andererseits kam es auch erst zu einem politischen Gemeinwesen wenn der private Bereich verlassen wurde, beginnend bei der Nachbarschaft bis tatsächlich zu einem staatlich verfassten Gebilde. Welches in der Zeit von Aristoteles als "Polis" wiederum recht überschaubar war.

"Die typische Polis war eine *Bürgergemeinde* bzw. ein Personenverband und definierte sich nicht primär über ihr Territorium, sondern über ihre Mitglieder" (Wikipedia: [Polis](#); 15.04.2011 - Hervorhebung im Original). Wenn Menschen als "Polis-Bildende" Wesen, also als Bürger in einer Gemeinschaft verstanden werden sollen, dann gilt das, zumindest in den Augen von Aristoteles, in einem ziemlich weiten Sinn.<sup>3</sup> Und hat eine positive Grundlage, wie Aristoteles weiter ausführt: Nicht aus Mangel an Instinkten oder zum gegenseitigen Schutz, sondern zur Erfüllung des eigentlichen Wesens von Menschen (dem Menschsein) bilden sie Gemeinschaften. Und tauschen sich, bei Überwindung der rein biologisch notwendigen Bedürfnisbefriedigung an geeigneten Orten frei und ungebunden über das Politische aus. An geeigneten Orten: im Raum der Städte als Zentrum und wichtigstem Schauplatz. Die Poleis bildeten "den konkreten Rahmen für die gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen,

---

<sup>3</sup> Es liegt mir auch hier fern, eine Geschichtsverklärung zu betreiben. Den Hauptunterschied zwischen Privatem, Öffentlichem und Politischem in der griechischen Historie hat Hannah Arendt sehr gut beschrieben. Das gute Leben als Leben in der Polis war keineswegs besser oder sorgloser als das im streng geführten privaten Haushalt mit dem Vater als Familienoberhaupt. "Es war gut nur in dem Maße, indem es ihm gelungen war, der Lebensnotwendigkeit Herr zu werden, sich von Arbeit und Werk zu befreien und den allen lebendigen Geschöpfen eingeborenen Lebenstrieb in gewissem Sinne zu überwinden, so daß es der Knechtschaft durch den biologischen Lebensprozeß bis zu einem hohen Grad entronnen war" (Arendt <sup>2</sup>2003, S. 46).

religiösen und künstlerischen Aktivitäten ihrer Mitglieder". Doch nicht die Städte im Abstrakten: Die öffentlichen Plätze in ihnen, allen voran die Agora. Von ihnen "ging die Dynamik der politischen Veränderungen aus" (Hölscher 1998, S. 11 & S. 29).

## **2.1 Begriffsklärungen: Öffentlichkeit, Aufgabe von Politik, Demokratie und Politische Bildung**

Wenn ich im Weiteren von Öffentlichkeit rede dann ist das vor allem dem Umstand geschuldet, dass öffentlicher Raum nicht ganz so einfach zu definieren ist. "Weder in der deutschen noch in der angloamerikanischen Literatur gibt es klare Festlegungen, die" den Begriff des öffentlichen Raumes "außer Streit stellen" (Öhl & Vielhaber, S. 4). Gemeint ist mit Öffentlichkeit das, was in der klassischen Antike mit den Begriffen "demos" und "koinon" ausgedrückt wurde: "Was der Gemeinschaft, dem Volk gehört" (Hölscher 1998, S. 16). Es geht insofern nicht um staatliche Institutionen, sondern um "gemeinschaftlich" im Sinne der Einbindung gesellschaftlicher Gruppen. Dem Raum, in dem dieses stattfindet, "werden dabei Werte und Bedeutung zugeordnet, wobei ästhetische Faktoren, Heimatbindungen und symbolische Zuordnungen über Kulturleistungen zusammenwirken können" (Fürst, Lahner & Pollermann 2008, S. 74). In Anlehnung an das englische Wort "place", welches gegenüber dem physikalischen Raum (space) die soziale und emotionale Ebene betont. Städtischer Raum ist jedenfalls nicht gleichzusetzen mit Öffentlichkeit, auch wenn mittlerweile vielfach bei der Gestaltung öffentlicher Plätze die Anwohner und Betroffenen gefragt werden. In jedem Fall greifen die gebräuchlichen Begriffe bei der Übersetzung, wie etwa Staat für Polis, zu kurz. Ein Staat, heute verstanden als Nationalstaat, war zu Sokrates' und Aristoteles' Zeiten eher ein Stadtstaat, eben die Polis als Bürgergemeinschaft.

Die gemeinsame Öffentlichkeit wird durch Kommunikation hergestellt. Öffentlichkeit ist deshalb nicht nur als reale Präsenz in wirklichen Räumen gemeint, sondern wird auch in virtuellen Räumen praktiziert. Quasi als "Digitale Öffentlichkeit".<sup>4</sup> Nicht zuletzt sind auch sogenannte Crowd-Sourcing-Projekte wie Wikipedia auf (virtuelle) Räume, in denen diskutiert und gestritten wird, angewiesen. Und je vielfältiger die Aktivitäten und je größer die gemeinsamen Projekte im Netz werden, desto wichtiger wird es für die Menschen, sich in realen Räumen zu treffen. Erst recht durch die im Internet immer wieder betonte "Freiheit der Meinungsäußerung, jenes Moment der Selbstermächtigung, das durch das Internet beför-

---

<sup>4</sup> "Trotz aller Privatisierungstendenzen ist der Drang nach draußen, hinein ins Öffentliche, ungeheuerlich" (Rauterberg 2011, S. 2). Virtuellen Treffen folgten in der Regel immer auch reale Treffen, weshalb die kulturpessimistische Betrachtung des Internet als großes Netz der Vereinsamung von Beginn an falsch war. Neu ist jedoch der politische Gehalt vieler Aktivitäten und öffentlichen Treffen, die durch Guerilla-Gardening, Flash- und Smart Mobs (ausdrücklich politisch angelegte Protestform vor allem von Globalisierungsgegnern) Aufmerksamkeit erregen und bereits in Wahlkämpfen eingesetzt wurden. Der Witz und Charme liegt gerade auf der neuen Art, das Politische als Gemeinsames zu begreifen und das Internet für die Mobilisierung und als Katalysator zu nutzen. "Ob Adbusting (Verfremdung von Werbeplakaten) oder Containern (Plündern von essbaren Supermarktabfällen) – der öffentliche Raum wird als gesellschaftlicher Raum begriffen, als ein Raum, der allen gehört und den sich jeder aneignen und politisch durchaus subversiv gestalten darf" (a.a.O.).

dert wird und das aus jedem Nutzer einen potenziellen Produzenten macht, verändern die Vorstellung von dem, was Öffentlichkeit bedeutet" (Rauterberg 2011).



**Abbildung 3: Forum Romanum um 1880**

Als grundlegendes demokratisches Prinzip muss Politik und muss vor allem das Politische im öffentlichen Raum stattfinden. So wie im Forum Romanum in Zeiten der Antike, das vielen als Inbegriff politischer Angelegenheiten und seiner Behandlung gilt. Und in dem die jeweilige Gesellschaft zu sich finden kann. Doch "trotz des Öffentlichkeitspostulats der Demokratie finden auch heute die entscheidenden politischen Beratungen (etwa Sitzungen des Koalitionsausschusses oder Fraktionssitzungen) hinter verschlossenen Türen statt" (Wikipedia: [Öffentlichkeit](#), 29.05.2011).

Bild: Gemeinfrei. Verfügbar unter:

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a4/Forum\\_romanum\\_1880.jpg](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a4/Forum_romanum_1880.jpg)

"Der Ausdruck Politik wurde, mit Umwegen über das Lateinische (*politica, politicus*), nach griechisch Πολιτικά (*politiká*) gebildet. Dieses Wort bezeichnete in den Stadtstaaten des antiken Griechenlands alle diejenigen Tätigkeiten, Gegenstände und Fragestellungen, die das Gemeinwesen – und das hieß zu dieser Zeit: die Polis – betrafen" (Wikipedia: [Politik](#); 23.05.2011). Eine wörtliche Übersetzung wäre entsprechend vorzunehmen als gemeinsame "Dinge, die die Stadt betreffen". Auch die "politischen Dinge" betreffend wäre eine gelungene Übersetzung. Ein adäquater begrifflicher Terminus für eine Polis wäre wiederum in der



heutigen Zeit der von "kulturellen Gemeinschaften".<sup>5</sup> Der Begriff des Zoon Politikon in aristotelischer Tradition - und seine Ansprüche daran - wird in neuerer Zeit vor allem von den Philosophen Amartya Sen und Martha Nussbaum näher expliziert. Aus der beschriebenen Verfasstheit der Menschen lassen sich, zusammen mit der Feststellung, dass Menschen Lebewesen im Besitz des Logos (der Sprache im Sinne des Redens) sind, auch Anforderungen an die politische Bildung kultureller Gemeinschaften ableiten. Was ist heute nun "das Politische" - im Unterschied zur griechischen Philosophie? Und welche Ansprüche ließen sich daraus konkretisieren?

"Öffentlichkeit bezeichnet im weitesten Sinne die Gesamtheit aller Umstände, die für die Bildung der öffentlichen Meinung von Bedeutung sind, wobei der allgemein freie Zugang zu allen relevanten Gegebenheiten sowie deren ungehinderte Diskutierbarkeit entscheidende Kriterien sind" (Wikipedia: [Öffentlichkeit](#), 29.05.2011). Die Aufgabe Politischer Bildung ist generell, politische Urteilskraft gegenüber den institutionellen Regelungen und gemeinsamen Handeln sowie praktische Vernunft bezüglich der politischen Grundwerte herausbilden zu helfen. Eine politische Urteilskraft bedarf dabei genauso wie die praktische Vernunft "eines gegenständlichen und öffentlichen Betätigungsfeldes", "um nicht in die Nischen privatisierter und unverbindlicher Kritik zurückzufallen" (Negt 2010, S. 278).<sup>6</sup> Jenseits von formalen Überlegungen ist deshalb eine zentrale Frage die, welche konkreten "Orte" das Politische (die Polis) üblicherweise umfasst(e). Übertragen auf die heutige Situation politischer Bildung bedeutet das, dass eine begriffliche Reduzierung von Politik auf repräsentative Demokratie (mit den Orten der Parlamente) oder auch direkte demokratische Elemente (mit den Orten der Wahllokale) zu kurz greift. Wohl auch, wenn politische Bildung (nur) an Orten der Schule ansetzt.

## **2.2 Polis: Das Politische und Demokratische in der Antike**

"Hiernach ist denn klar, daß der Staat zu den naturgemäßen Gebilden gehört und daß der Mensch von Natur ein politisches Lebewesen (zôon politikón) ist" (Aristoteles: Politik 1253a). Den adäquaten städtebaulichen Ausdruck findet das politische Lebewesen in der griechischen Antike in Form der Gestaltung einer Polis. Die Strukturierung des gesellschaftlichen

---

<sup>5</sup> "Was die Bewohner der Polis betrifft, so existiert für sie das Leben innerhalb des Haushaltsbereichs lediglich um des 'Gut-Lebens' in der Polis willen" (Arendt <sup>2</sup>2003, S. 47). Für Martha Nussbaum besteht das Ziel kultureller Gemeinschaften beispielsweise darin, ein "umfassendes Unterstützungssystem" zu schaffen, das allen Bürgerinnen und Bürgern die Führung eines guten Lebens erlaubt. Und das über den gesamten Lebenszeitraum. Spezieller bedeutet die Behandlung der Bürger /-innen als "Freie und Gleichgestellte", sofern die Ressourcen dies zulassen, zunächst darauf zu achten, eine bestimmte Schwelle zu überschreiten und Stufe zu erreichen, auf der sie sich für eine gute Lebensführung entscheiden können (Nussbaum 1999, S. 62ff). "Das Ziel besteht immer darin, mehr Menschen über diese Schwelle zu bringen, anstatt die Bedingungen für diejenigen zu verbessern, die sie bereits überschritten haben [...]" (a.a.O.: S. 63).

<sup>6</sup> Diese gemeinsame Auflistung soll nicht bedeuten, dass nicht Urteilskraft und Vernunft getrennt zu betrachtende "Vermögen" von Menschen sind. Der Einfachheit halber sollen sie jedoch in diesem Kontext zusammengefasst werden.

Lebens als bürgerliche Gemeinschaft spiegelt sich in der Strukturierung des städtischen Raumes. Formen des Zusammenlebens und gemeinschaftlichen Handelns benötigen kollektive Institutionen und öffentliche Orte, dieses Handeln zu vollziehen. Insofern besaßen die griechischen Poleis "Plätze, auf denen die Bewohner zu politischen Aufgaben zusammenkamen und sich als Mitglieder einer autonomen städtischen Gemeinschaft formierten" (Hölscher 1998, S. 16).<sup>7</sup> Diese Plätze mussten architektonisch nicht besonders ausgefallen oder üppig mit Bauten ausgestattet sein. Sie stellten innerhalb der Polis einen neutralen und "herrschaftsfreien" Raum dar, der keine architektonischen Meisterwerke verlangte (im Gegensatz beispielsweise zu Sakralbauten oder Herrschaftspalästen).



**Abbildung 4: Überreste einer Agora in Hierapolis 2008**

"Anfangs genügte eine weitgehend ungestaltete, ebene Freifläche, die von mehreren Straßen gekreuzt wurde, den Bedürfnissen einer politischen und juristischen Versammlungsstätte" (Wikipedia: [Agora](#); 13.06.2011]. Eine Agora musste baulich nicht sehr aufwändig sein. "Grundsätzlich war die Agora zunächst nichts als ein freier Platz für die Versammlung der Bürger" (Hölscher 1998, S. 37). Ihre Funktion konnte sie also bereits in diesem "Rohzustand" erbringen. Vielleicht sogar besser, als mit einer Bebauung, die immer auch Machtaspekte symbolisiert.

---

<sup>7</sup> "In allen diesen Städten müssen die öffentlichen Projekte gegen die Interessen, die religiösen Traditionen und vermutlich auch die Widerstände einzelner Familien durchgesetzt worden sein, deren Wohnsitz und Grabstätten dadurch zerstört bzw. beeinträchtigt wurden: ein deutliches Signal für die Priorität der öffentlichen Anlagen und Stärke der kollektiven Mentalität in diesen frühen Poleis" (Hölscher 1998, S. 34). Wie sehr eine Polis das Zentrum der Überlegungen zu einem guten Leben darstellt lässt sich auch an der Mythologie festmachen. Siehe hierzu die Interpretation des Schildes, das Hephaistos in Homers Ilias für Achill fertigt von Tonio Hölscher, S. 25ff (1998).

Bild: Hans Weingartz. Verwendung unter den Bedingungen der Creative Commons 3.0. Verfügbar unter der URL: <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d4/Tuerk15.jpg>

"Die Kulte der Agora standen also in präzisiertem Zusammenhang mit den politischen Aktivitäten auf diesem Platz" (Hölscher 1998, S. 44). Erwähnenswert ist hier insbesondere, dass die Agorai zunächst auch den sportlichen oder musischen Wettkämpfen dienten (Agone). Zum räumlichen System der Polis gehörte zu dieser Zeit einerseits auch das Umland (Chora), kultiviertes und fruchtbares Gelände, das weitgehend unter den Bürgern aufgeteilt war und andererseits die "wilde" Außenwelt (Eschatia). Die kleinräumigen und fruchtbaren Ebenen, die von Gebirgen umschlossen sind und von Flüssen durchflossen werden, förderten das Entstehen kleiner politischer Einheiten. Hinzu kamen in der Regel Handelswege und ein Zugang zum Meer für diesen Zweck. Da diese Kriterien geografisch sehr unterschiedlich ausgeprägt waren, hatte jede Polis eine spezifische Gestaltung. Eine grundsätzliche Steigerung des materiellen Wohlstands war in jedem Fall möglich. Das "Gute Leben" stand nun zur Diskussion an und die griechische Philosophie nahm dieses Thema, Sokrates folgend, gerne auf. Entscheidend war für eine funktionierende Polis jedoch weiterhin die "sekundäre, symbolische Gliederung", die sich vor allem in der Herausbildung öffentlicher Räume zeigte. D.h., dass nicht nur "das Zentrum der politischen Dynamik [...] die Stadt selbst [blieb]", sondern vor allem die öffentlichen Räume darin (a.a.O., S. 19 & 17 - Ergänzungen durch A.K.). Ihre architektonische Sparsamkeit bedeutete eine zusätzliche Freiheit: Die Freiheit von religiösen Ansprüchen und rituellen Zwängen. In diesem Sinne wurden auf der Agora verschiedene Kulte praktiziert. Es gab jedoch keine Gottheit der Agora und auch die Volksversammlung stand nicht in einer kultischen oder religiösen Abhängigkeit. Dem Zweck nach war hier erstmals ein autonomer Raum des Politischen angelegt.

### **2.3 Staat: Politische Bildung in der Tradition von Aufklärung und Moderne**

"Neu hingegen ist das Aufkommen eines im eigentlichen Sinne gesellschaftlichen Raumes, dessen Erscheinen mit der Geburt der Neuzeit zusammenfällt" (Arendt <sup>2</sup>2003, S. 37). Historisch kommt dem öffentlichen Raum, verstanden als idealtypische bürgerliche Sphäre, eine zentrale Rolle zu. Das Entstehen einer politischen Öffentlichkeit im Zuge von Aufklärung und Moderne war geprägt durch eine Meinungsbildung und Diskussion politischer Fragen. Stattgefunden haben diese beispielsweise im Rahmen der Revolutionen von 1848 an unzähligen Orten. Angefangen vom Theater, weiter über Clubs, Lesegesellschaften, politische Vereine und Gewerkschaftsversammlungen (Wollstein 2010)<sup>8</sup>. Parallel dazu entstand aber auch eine

---

<sup>8</sup> Die damals entstehenden Zeitungen hatten nicht nur einen örtlichen Bezug, sondern setzten auch Orte zum Lesen voraus. "Gelesen und besprochen wurden die sich nun durchweg zu parteinahen Blättern wandelnden Zeitungen nicht nur von Einzelnen; sie lagen auch in Lesegesellschaften, Salons und politischen Vereinen aus und wurden Analphabeten - man schätzt ihre Zahl auf 20 Prozent der Bevölkerung - vorgelesen" (Wollstein 2010, S. 4f).

Dies mag ein erster Hinweis darauf sein, wie sehr sich der neue funktionale Analphabetismus in der Bundes-



recht strikte Trennung von Privatem und der Öffentlichkeit. Insofern ist noch heute die Besonderheit, seine politische Meinung frei und in *der Öffentlichkeit äußern zu können*, also nicht nur eine Meinung haben zu dürfen, als Bürgerrecht im Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 des Grundgesetzes verankert. Viele Versammlungen, sei es als Demonstrationszug, sei es als Fahrradkorso oder beispielsweise als Kundgebung auf einem öffentlichen Platz bedeuten auch heute, anderen Menschen seine politische Meinung zu zeigen (von lat. demonstrare = zeigen oder hinweisen). Obwohl die Themen und Anlässe für Demonstrationen vielfältig sind, bleibt die Nutzung der öffentlichen Räume doch in aller Regel sehr fantasielos - zumindest wenn man um die didaktischen Möglichkeiten politischer Bildung weiß.



Bundesarchiv, Bild 183-S61468  
Foto: o. Ang. | 1921

**Abbildung 5: Demonstration von Pazifisten im Berliner Lustgarten 1921**

Demonstration von Pazifisten /-innen im Berliner Lustgarten. "Vorn: die Gattin des Professors Einstein mit amerikanischen Pazifisten" (Wikipedia).

Bild: Bundesarchiv Bild Nr. 183-S61468

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/9e/Bundesarchiv\\_Bild\\_183-S61468%2C\\_Pazifistendemonstration\\_im\\_Berliner\\_Lustgarten.jpg?uselang=de](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/9/9e/Bundesarchiv_Bild_183-S61468%2C_Pazifistendemonstration_im_Berliner_Lustgarten.jpg?uselang=de)

"Es mangelt nicht an Auseinandersetzungen, an Turbulenzen, tiefgründigen Konflikten, überall wird demonstriert und protestiert, der viel beschriebene Wutbürger wäre nichts oh-



ne den öffentlichen, den politischen Raum [...]" (Rauterberg 2011, S. 3). Die Versammlungsfreiheit "unter freiem Himmel", also in der Öffentlichkeit, hat als Grundrecht deshalb einen eigenen Status, weil Versammlungen bis heute dazu dienen, politische Meinungsäußerungen zu ermöglichen. Da auch Demonstrationen unter das Versammlungsrecht fallen, gibt es in der Regel kein Demonstrationsverbot bzw. müssen sie zwar angemeldet, aber nicht genehmigt werden. Ausnahmen regelt ausdrücklich das Versammlungsrecht. Als Zielgruppe, beispielsweise des ausgedrückten Protests, wird klassischerweise die Politik verstanden. Doch bei einem Demonstrationzug geht es auch darum, zufällig angetroffene Menschen auf die Themen aufmerksam zu machen. Dies gilt auch für die Kundgebungen auf den Plätzen, in denen dann meist mit Informationsständen "Bewusstseinsbildung" betrieben werden soll. In diesem Zusammenhang ist es fatal, dass eine Regierung, wie in Sachsen geschehen, Demonstrationen "an historisch herausragenden Orten" verbieten will.

## **2.4 Öffentlichkeit: Wo findet man das Politische heute?**

"Es ist an der Zeit, *Öffentlichkeit* in ihren substanziellen geschichtlichen Gehalten wieder kenntlich zu machen" (Negt 2010, S. 282 - Hervorhebung im Original). Den öffentlichen Raum mit verschiedensten Nutzungsarten plural zu gestalten und dabei auch Raum für politische Bildung zu geben bietet viele Chancen. Neben den Möglichkeiten von Kommunikation und Austausch eben gerade das Angebot politischer Argumentation und Bildung im Sinne eines gegenseitigen Dialogs. In einem solchen Fall wird "der öffentliche Raum zugleich ein 'Korrektiv' der staatlich-institutionellen Politik [...], denn durch das gemeinsame Handeln und Sprechen von Menschen im öffentlichen Raum entsteht politische Macht, die den öffentlichen Raum konstituiert" (Lambert 2009, S. 8). Mit Fug und Recht kann man sagen, dass sich die Form der institutionalisierten Vermittlung politischer Inhalte davon jedoch deutlich weg bewegt hat. Was mit Platons Akademiegründung begann ist mittlerweile der normale Zustand. Mit wiederum langfristigen Folgen für das Politische, das auch einen Raum braucht, um sich zu artikulieren. Gerade für die Mobilisierung von Menschen und politischen Standpunkten spielt eine entsprechende (räumliche) Öffentlichkeit eine zentrale Rolle. "Es erleichtert die gemeinsame Orientierung und thematische Identifikation, führt über damit verbundene Netzwerke zu einer verdichteten Informations- und Wissensbasis der Beteiligten" (Fürst, Lahner & Pollermann 2008, S. 72).



Abbildung 6: Demonstration gegen Stuttgart 21 am 13. August 2010

Kundgebungen und Demonstrationen gegen große staatliche Projekte wie hier gegen das Projekt Stuttgart 21, aber auch beispielsweise in München gegen die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 oder wie vielfach wieder gegen die Nutzung der Kernenergie zeugen von der Wichtigkeit dieser Form von Meinungsäußerung. Das macht sie zu einem interessanten Aufgabengebiet der Politischen Bildung. Kehrt über diesen Weg das politische Subjekt wieder in den Öffentlichen Raum zurück? Es wird spannend, diese Entwicklungen weiter unter dieser Perspektive zu beobachten und zu begleiten. "Nicht jeder Initiative, nicht jedem Protest, nicht jedem Bürgerbegehren kann unterstellt werden, dass [...] [die] Dimensionen" Gemeinwohl oder Allgemeinverbindlichkeit "als Leitidee den eigenen Aktivitäten zugrunde liegt" (Hufer 2011, S. 21). Das wäre beispielsweise eine der Aufgaben, die Politische Bildung in einem solchen Rahmen gewährleisten könnte.

Bild: marco\_bartoli. Gemeinfreie Datei. Verfügbar unter der URL:

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/11/Kundgebung\\_s21.jpg](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/11/Kundgebung_s21.jpg)

"Heute, im Coffee-to-go-Zeitalter, ereignet sich auch das Politische oft im Vorübergehen, und das öffentliche Leben zieht auf Grillwiesen, vor Bahnhöfe, selbst nach Hamburg-Bramfeld" (Rauterberg 2011, S. 4). Deutlich wird im direkten Vergleich und gegenüber einer solchen Aussage die räumliche Engführung in der Moderne: Der Platz, an dem politische Bildung heute organisiert wird, ist nicht (mehr) der Marktplatz, also die Öffentlichkeit der Polis. Politische Bildung erfolgt heute überwiegend in dafür geeignet scheinenden Seminarhäusern, Versammlungsstätten oder auch in den Schulen. Und dort wiederum in den Klassenzimmern, nicht also auf öffentlichem Gelände wie dem Schulhof oder dem Schulweg. Das hat seine eindeutigen Vorteile. Doch bereits die Wahl des Ortes, und damit in der Regel auch der didaktischen Methoden (beispielsweise der Vortrag, wahlweise mit Powerpoint, Flipchart aber auch nur mündlich) grenzt zunehmend ganze Bevölkerungsgruppen aus. Damit Menschen in einem breiten Sinn politisch partizipieren können und die Wirkung ihrer Beteiligung auch erfahrbar wird, bedarf es der Schaffung von Öffentlichkeit und Räumen in ihr (vgl. hierzu Negt 2010). Insofern stellt sich die Frage, ob nicht eine Reorientierung am sokratischen Vorgehen hilfreich sein kann. Damit an jenen Orten der Öffentlichkeit, in denen oft genug selbstgesteuertes politisches Lernen und Erleben von Politik stattfinden kann, politische Bildung einen neuen Rahmen und einen neuen Platz bekommt.

## **2.5 Politische Lenkung: "Place Making" als Zukunft des Politischen?**

Bei der Gestaltung der Agorai ging es nicht um die ästhetische Gestaltung der Innenstadt einer Polis. Im Vordergrund stand die pragmatische Organisation des Gemeinwesens, also der Raum für Aktivitäten. Die Akteure und Benutzer standen im Zentrum, nicht die Betrachter (Hölscher 1998). Vielleicht ist deshalb der Ansatz des Place Making diesem Vorbild so ähnlich. Mit einem Unterschied: Die Betrachter treten in das Arrangement einer "Regional Governance" mit ein (vgl. hierzu Fürst et al. 2008). Im politischen Umfeld wird dieser Ausdruck mittlerweile als Alternativ- oder Gegenbegriff zum Regieren (Government) verwendet. Er soll ausdrücken, dass an der demokratischen Steuerung der jeweiligen gesellschaftlichen Einheit nicht (nur) der Staat, sondern auch die Zivilgesellschaft in Form ihrer sozialen und politischen Netzwerke mit zu beteiligen ist. Es bietet sich auch beim Place Making der Begriff

der Öffentlichkeit im Sinne des Gemeinsamen an: Des gemeinsamen materiellen und ideellen Bestandes, aber auch des gemeinsamen politischen Agierens, um ihn zu erreichen. Ansätze, die auf eine "Verbesserung lokaler oder regionaler Raum- und Lebensqualitäten zielen" und dabei "auf einer Kooperation der unterschiedlichen Akteure dieses Raumes basieren" zeigen diese neue Öffentlichkeit des Place Making auf (Fürst et al. 2008, S. 93).



**Abbildung 7: Burg Katz - Oberes Mittelrheintal als Weltkulturerbe und Kulturlandschaft**

Blick von der Rheinhöhe bei Patersberg auf die Burg Katz im Mittelrhein. Im Hintergrund der Felsen der Loreley. Kulturlandschaften sind Bezugspunkt neuerer Diskussion um Regional Governance und Öffentlichkeit in Form des Placemaking. Im Deutschen taucht der Begriff "vor allem im Bereich der Stadtplanung, bei Stadtentwicklungsprozessen und im Zuge des community building auf" (Schürmann 2006, S. 6f).

Bild: Felix König. Verwendung unter den Lizenzbedingungen der Creative Commons 3.0. Verfügbar unter:

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/12/Mittelrhein\\_Burg\\_Katz.jpg](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/12/Mittelrhein_Burg_Katz.jpg)

"Regionen müssen also nicht nur in Lifestyle, Unterhaltung und Freizeiteinrichtungen investieren, um die quality of place einer Region zu erhöhen, sondern vor allem auch Maßnahmen entwickeln, um diversity zu fördern" (Schürmann 2006, S. 16f). Die Formen des Öffentlichen sind heute so plural wie die Gesellschaft. Und genauso widersprüchlich, was Konflikte geradezu voraussetzt. Versteht man Politische Bildung in dem Sinne, dass die Probleme und Konflikte, die durch das Zusammenleben der Menschen entstehen, durch allgemein akzeptierte

Entscheidungen gelöst werden, dann wird ein Kernproblem von Politik und moralphilosophischen Überlegungen zu einer pädagogischen "Grundfrage politischer Bildung" (Henkenborg 2004, S. 2). Erfolgreiches politisches Kooperieren in genanntem Sinn setzt dann umfangreiche Lernprozesse voraus. Lerngegenstand ist dabei, die verschiedenen Interessen zu erkennen und gemeinsame Ziele auszuhandeln. Eine zentrale Lernvoraussetzung ist dabei die Schaffung von Gelegenheiten der Kommunikation miteinander. Nicht nur in Bezug auf die Kommunikationsanlässe sondern entscheidend eben auch der Kommunikationsorte. Womit dieser Ansatz wieder beim Beginn endet: Bei überschaubaren Orten, die eine intensive Kommunikation zwischen den politischen Akteuren zulassen und zugleich Orte darstellen, die eine entsprechende Attraktivität besitzen. Im Idealfall sicher eine neue Form von Agora darstellen.



### 3. Die notwendige Rückkehr der Politischen Bildung in die Öffentlichkeit

*"[Die Aufgabe des Staates] besteht [...] [nach Ansicht von Aristoteles] darin, jedem Bürger die materiellen, institutionellen und pädagogischen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, die ihm einen Zugang zum guten menschlichen Leben eröffnen und ihn in die Lage versetzen, sich für ein gutes Leben und Handeln zu entscheiden" (Nussbaum 1999, 24 - Hervorhebungen und Einfügungen durch A.K.).*

Es ist eine spannende Frage, warum Politik und politische Bildung nicht eine Angelegenheit sein sollte, in der zumindest die meisten Menschen Intellektuelle in dem Sinne sind, dass sie um ihre Probleme und Interessen wissen<sup>9</sup>. Wenn dem aber so sein sollte, dann kann auch politische Bildung recht unmittelbar an den normalen Stätten des Wirkens von Menschen ansetzen. "Politische Bildnerinnen und Bildner können von der Zivilcourage und dem sozialen Mut der vielen Menschen lernen, die gegenwärtig auf die Straße gehen, um Widerspruch einzulegen und um Widerstand deutlich zu machen" (Hufer 2011, S. 26). Doch genau das ist die Krux: Auf der Straße und auf Plätzen wird die Vermittlung von Politik im Rahmen Politischer Bildung am wenigsten praktiziert. Es ist mir klar, dass dies eine sehr grobe und undifferenzierte Betrachtung darstellt und es natürlich sehr gelungene Projekte und Beispiele dafür gibt, politische Bildung in der Öffentlichkeit oder im öffentlichen Raum zu betreiben. Doch von der Grundstruktur her lässt sich die derzeitige Organisation politischer Bildung sicher gut in beschriebenem Sinn charakterisieren. Dies schließt Infostände politischer Parteien in der Öffentlichkeit beispielsweise aus der politischen Bildung aus, denn diese zielen sehr explizit auf "den 'Absatz' politischer 'Produkte'" (Schillo 2006, S. 124). Es handelt sich deshalb nicht um politische Bildung, weil eine solche einen zweiseitigen pädagogischen und argumentativen Prozess markieren würde. Infostände von Parteien sind eher eine Form von Marketing: Maßnahmen der Werbung, ganz im Sinne eines "Stimmenkaufs". Hiermit sind die öffentlichen Plätze (leider) voll - zumindest zu Wahlkampfzeiten.

"Schule reproduziert immer noch begrenzt gedachte Raumkonstrukte (z.B. Nationalstaaten)" (Öhl & Vielhaber, S. 5). Gerade in Zeiten der Globalisierung, kulturellen Wandels und des Internet stellt sich der Zusammenhang von Politischer Bildung, Öffentlichkeit - und ihren Räumen - in einer neuen Art und Weise. Die nun folgenden Beispiele dienen als ganz praktischer Beweis, dass sich Politische Bildung und Öffentlichkeit nicht ausschließen müssen. Dass, im Gegenteil, unter bestimmten Bedingungen sogar ein großes Interesse bei den Bürger/-innen vorhanden ist. Die genannten Beispiele sollen gelungene Projekte realer Begegnungen an anderen Orten darstellen.

---

<sup>9</sup> "Alle Menschen sind Intellektuelle, [...] aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen" (Antonio Gramsci, Gefängnishefte).

### 3.1 Stadtteilrundgänge als politische Bildung in öffentlichem Raum

Sucht man Literatur über Stadtteilrundgänge, so wird man zwar fündig und entdeckt eine Vielzahl an konkreten Beispielen und Betrachtungen wie etwa "Zu Fuß durch Hamburg", "Wege ins Westend" oder "Revolution, Räterepublik und Weißer Terror" bzw. "Vom Leben und Arbeiten in den Herbergsvierteln". Organisiert werden diese Stadtteilrundgänge durch unterschiedlichste Gruppen und für heterogenes Publikum. Zum Teil als feste Programmpunkte verschiedener Bildungsprogramme, zum Teil auf gezielte Nachfrage von Besuchern und Touristen zu spezifischen Anliegen. Doch eine echte pädagogische Aufarbeitung dieser Form von Lernen als *politische Bildung im öffentlichen Raum* findet man bisher nicht. Dabei stellen Stadtteilrundgänge eine außerordentlich erfolgreiche Form für Erwachsene dar zu lernen. Und sind insofern der "Renner" in vielen Bildungsprogrammen. Dafür sprechen jedenfalls die Statistik zunehmender Angebote und hoher Durchführungsquoten (wiewohl es bisher nach meiner Kenntnis keine bekannte bundesweite Statistik und Aufarbeitung darüber gibt). Das Spannende daran ist, dass Straßen und ihre Benennungen genauso wie öffentliche Plätze und ihr Funktionszweck abstrakte politische Zusammenhänge ganz nahe bringen können. Straßen, Häuser und andere Orte "sind immer verbunden mit einer bestimmten Idee, einer Ideologie, einer Vorstellung von den Raumkonstrukteuren bzw. deren Auftraggebern" (Öhl & Vielhaber, S. 5).



Abbildung 8: Ankündigung von Stadtteilrundgängen in Hamburg 2010

Ein Beispiel für das Angebot an Stadtteilrundgängen aus Hamburg. Die Hamburger Geschichtswerkstätten sind sicher nicht die ersten, die Stadtteilrundgänge angeboten haben. Aber sie sind, trotz chronischer finanzieller Unterausstattung, nach wie vor erfolgreich tätig. Die Besonderheit dürfte hier in der Ausstattung durch einen Stiftungsfonds "Hamburger Geschichtswerkstätten" bestehen.

Quelle: Angebot der Hamburger Geschichtswerkstätten 2010. Verfügbar unter der URL [http://www.geschichtswerkstaetten-hamburg.de/KiekMol\\_2010\\_web-datum.pdf](http://www.geschichtswerkstaetten-hamburg.de/KiekMol_2010_web-datum.pdf)

Die behandelten Themen auf Stadtteilrundgängen (bzw. Stadtteilspaziergängen oder alternativen Stadtrundfahrten) sind genauso vielfältig wie die Motivationen, daran teilzunehmen (siehe hierzu als einen der wenigen Systematisierungsversuche Slawski). Nahezu alles eignet sich dazu, in dieser Form inhaltlich nahegebracht zu werden. Dies schließt ausdrücklich politische und historische Inhalte sowie gesellschaftliche Zusammenhänge ein. "Die Benennung der Kolonialstraßen in Trudering und Bogenhausen war ja ein bewusstes Zeichen im öffentlichen Raum: Nach dem Verlust des Kolonialreiches nach dem 1. Weltkrieg wollten die Kolonialverbände und die Nationalsozialisten ihre Ansprüche nochmals geltend machen – und haben eben das Kolonialviertel geschaffen" (Nord Süd Forum 2010, S. 5). Natürlich gibt es auch hier keinen automatischen Erkenntnisgewinn und das politische Wissen ist auch hier ein Prozess, der aktive Auseinandersetzung und Aneignung voraussetzt. Doch Stadtteilrundgänge "themenisieren die Lebenswelt ihrer Teilnehmenden, ihrer Adressaten und der eigenen Aktivitäten" (Borkel 2005, S. 5) und machen damit politische Themen in vielfältiger Weise spannend, hintergründig und oft sehr konkret greifbar. Meist in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ort des gemeinsamen Zusammenlebens: einer ganz lokalen Polis.

### ***3.2 Courage lernen - auch in Fragen politischer Bildung***

Auf dem Coubertinplatz im Münchner Olympiapark fand am 29.08.2010 ein "Tag der Courage" statt. Anlass war der Jahrestag des tragischen Falls des in München bei einer Hilfsaktion für Kinder zu Tode gekommenen Dominik Brunner. Diese öffentliche Großveranstaltung hatte als geplanten Inhalt, die Münchner Bevölkerung in Sachen "Zivilcourage" zu sensibilisieren und zu ermutigen. Hierzu gab es neben Fahrzeugschauen zahlreiche "Mitmach-Angebote" für alle Altersgruppen. Entgegen anfänglicher Befürchtungen waren auch die vom DGB Bildungswerk München in diesem Rahmen angebotenen politischen Bildungsangebote gut besucht. Drei Themen wurden hierzu in einem eigenen Zelt - in Wiederholungen - zur Diskussion gestellt:

- Stärkungsmittel für Zivilcourage
- Achtung (+) Toleranz – Wege demokratischer Konfliktregelung
- Argumentieren gegen verbale Gewalt

Wenn auch nicht von Anfang an, so waren doch stets Menschen bereit, sich auf die Angebote einzulassen. Die meisten wurden dadurch neugierig, dass sie bemerkt hatten, dass ihnen im Zelt "etwas derartiges angeboten" wurde. "Es zeigte sich somit einmal mehr, dass ein erheblicher Bedarf, zumindest jedoch ein breites Interesse an entsprechenden Angeboten der politischen Erwachsenenbildung auch unter denjenigen Personengruppen vorhanden ist, die nicht bereits zu den regelmäßigen Besucher/-innen derartiger Veranstaltungen gehören" (Rühle 2010, S. 3). Die Idee wurde mehrmals von Teilnehmenden als gelungen bezeichnet. Der Bedarf, dies doch auch auf andere Veranstaltungen zu übertragen, wurde in den Gesprächen rund um die Kurzworkshops als gegeben signalisiert.





Am Tag der Courage in München 2010 und beim Lernfest in Ingolstadt 2011 wurden in der klassischen Form eines Infostandes Bildungsprogramme beworben. Hinzu kam aber auch das Angebot mehrerer Kurzworkshops zum Thema des Tages, die entgegen erster Befürchtungen auch tatsächlich stattfinden konnten.

"Ein Vorteil war natürlich der Rahmen der Gesamtveranstaltung, welcher bewirkte, dass es sich bei den Besucher/-innen in der Regel entweder um Menschen handelte, die explizit an der Thematik interessiert waren, oder aber um solche, die in 'Wochenend-Stimmung' die Angebote auf sich wirken ließen und daher auch bereit waren, sich auf die verschiedenen Angebote einzulassen" (Rühle 2010).

Fotos: Manuel Rühle und Alexander Klier

Eine ähnliche Konstellation ergab sich am 23. Juli 2011 in Ingolstadt. Hier wurden den ganzen Tag analoge Inhalte in stündlichen Kurzworkshops im Rahmen eines Lernfestes im Klenzpark angeboten. Im Unterschied zum Courage Tag war hier das Zelt nicht geschlossen, weshalb die Workshops im offenen Hintergrund des Informationsstandes liefen. Bemerkenswert an dieser Konstellation war, dass sich die Menschen offensichtlich schwer taten, die Distanz zu überbrücken. Erst wenn schon jemand dabei saß und die Workshops richtig begonnen hatten fanden sich auch Menschen ein, die durch eine Einladung zum Mitmachen gewonnen werden konnten. Es gab insofern teilweise ein große "Halo" von Personen, welche großen Teilen des Workshops folgten - jedoch vor dem Zelt stehenblieben und nicht zu einem "Besuch" zum Vortragenden hin zu bewegen waren. Dieses Verhalten wäre sicher gesondert zu untersuchen und aufzubereiten. "Natürlich kann nicht abgeschätzt werden, wie nachhaltig solche Aktionen sind. Dennoch kann man aufgrund der erfahrenen Resonanz vor Ort doch auf eine gewisse Wirksamkeit schließen" (Tesch 2011, S. 4).

### ***3.3 Das gezielte Umsetzen des "Politischen" im Bereich großer öffentlicher Veranstaltungen***

Als "Großversuch" kann man sicher die Station "Brücken zur Demokratie" bezeichnen, welche unter diesem Titel Politische Bildung mit den Feiern der Stadt München zu ihrem 850 jährigen Bestehen verband. Ein historisch wichtiger und düsterer Teil der Stadtgeschichte ist die nationalsozialistische Herrschaft in der "Hauptstadt der Bewegung", wie Adolf Hitler und die Nationalsozialisten München titulierte. Umso wichtiger war es, diesen Anteil adäquat bei den offiziellen Feiern zu berücksichtigen - was im Rahmen des Altstadttringfestes am 19. und 20. Juli 2008 auch geschah. Den Platz der Opfer des Nationalsozialismus in das Programm des Altstadttringfestes aufzunehmen war zunächst ein spannungsgeladener Prozess. Einerseits wurde im Stadtrat ausdrücklich das Aufgreifen des Themas gewünscht, andererseits war es ein heikles Thema, an das sich zunächst niemand so recht herantraute. Schließlich gelang es, mit vielen beteiligten Projektpartner/-innen und Organisationen, ein Konzept dazu zu entwickeln. Dieses hatte zur Grundlage, die politische Bildung wieder an die Menschen zu bringen und dabei mehr zu bieten, als klassischerweise Infostände mit ihren "Materialschlachten" zum Thema.



Abbildung 10: Logo der Station "Brücken zur Demokratie"

Das offizielle Logo der Station "Brücken zur Demokratie" im Rahmen des Altstadttrinfestes zur 850 Jahr Feier der Landeshauptstadt München. Als "Brückenschlag" von der Zeit des Nationalsozialismus in München hin zur Demokratie konzipiert interpretierte sie das Anliegen des gemeinsamen Feierns im Rahmen des Stadtgeburtstages in einer ganz besonderen Art und Weise. Sie ist heute noch virtuell zu besichtigen, was für die Erweiterung der Öffentlichkeit auch in virtuelle Räume spricht.

Quelle: [Oliver Weiss](http://www.brueckenzurdemokratie.de/) (Grafik). Website "Brücken zur Demokratie" unter der URL <http://www.brueckenzurdemokratie.de/>

Die Behandlung dieser Zeit bis hin zur Entwicklung eines demokratischen weltoffenen Münchens sollte in Form einer lebendigen, vielgestaltigen und kritischen Auseinandersetzung mit dieser schwierigen Thematik und vor allem unter aktiver Einbeziehung der Besucher /-innen vollzogen werden. Darüber hinaus sollte auch der Platz selbst und seine Bedeutung für München angesprochen und zur Diskussion gestellt werden. Die einzelnen Programmbestandteile waren demzufolge höchst unterschiedlicher Natur. So gab es unter dem Stichwort "verbotene Musik" eine Reihe von Musikaufführungen verschiedenster Richtungen, aber auch Wortbeiträge und szenischen Lesungen, Zeitzeugengespräche, Slam Poetry sowie ein kurzes Theaterstück. Durch das Bühnenprogramm, und das war ein wichtiger Erfolgsfaktor, führten im Wechsel eine professionelle Moderatorin und ein professioneller Moderator. Das Parallelprogramm, das den Platz selbst zum Thema hatte, bestand aus Videoinstallationen, Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen, einem Projekt "Geschichte (Ge)Denken" des Kulturreferats der Stadt München, thematischen Stadtteilrundgängen, Kurzworkshops in politischer Bildung, dem "Weg der Demokratie", einem "Hörbild" zum Platz der Opfer des Nationalsozialismus, Gesprächen auf dem Roten Sofa sowie diversen Infoständen. Ziel des Parallelprogramms war, die Besucherinnen und Besucher, die sich vom Menschenstrom zum Feiern tragen ließen, zum Betreten des Platzes einzuladen und sich mit seiner Geschichte zu befassen.



**Abbildung 11: Zeitzeugengespräch auf offener Bühne**

Sensationell an diesem Foto im Rahmen der Station Brücken zur Demokratie ist nicht der Tatbestand des Zeitzeugengesprächs (hier mit Ernst Grube und Marie-Luise Schultze-Jahn), sondern der Umstand, dass dieses Gespräch auf offener Bühne stattfand und an die 300 Personen erreichte, die zu großen Teilen nicht auf eine Veranstaltung gekommen wären, hätte sie in einer der dafür typischen Einrichtungen stattgefunden.

Bild: Hermann Offner

Einige Programmpunkte waren zunächst "experimentell" angelegt, d.h. zum ersten Mal in dieser Art von Präsentation im öffentlichen Raum und im Zusammenhang einer großen Feierlichkeit vorgesehen. Ein besonders großer und in diesem Ausmaß unerwarteter Erfolg waren die bereits oben erwähnten Stadtteiltrundgänge, die zunächst auf der Bühne anmoderiert wurden und anschließend vom Platz weg starteten. Über beide Tage wurden 18 Rundgänge zu acht verschiedenen Themen angeboten, die jedes Mal innerhalb von kürzester Zeit "ausgebucht" waren. Dies zeigt, dass auch in diesem Zusammenhang großes Interesse an dem beschriebenen Bildungsformat besteht. Der Erfolg gilt auch für die "interkulturellen Stadtteiltrundgänge" des Kulturreferats. Viele Besucher/-innen nahmen das Angebot wahr, sich von Jugendlichen verschiedener Herkunft an ausgewählte Orte im Umfeld des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus, die für die Entstehung und Geschichte des Nationalsozialismus eine besondere Bedeutung hatten, begleiten zu lassen. Die Jugendlichen vermittelten dabei insbesondere ihre Perspektive auf die Geschichte und setzten diese in Beziehung zu ihren eigenen Erfahrungen. Die Rundgänge waren gänzlich ausgebucht und die Jugendlichen, die sich inhaltlich seit Frühjahr vorbereitet hatten, ernteten große Anerkennung.

Es ist über diese "Station", die mitten im Betrieb der Feierlichkeiten des Altstadttringes angelegt wurde, gelungen, ein Programm zu organisieren, das in seiner Gesamtheit weder moralisierend wirkte noch zu irgendeinem Zeitpunkt der Thematik unangemessen war. Die Atmosphäre auf dem Platz war während der gesamten Veranstaltung sehr ruhig und entspannt, ohne jemals bedrückend zu werden. Der enorme Erfolg der Station hat jedoch vor allem gezeigt, dass politische Themen durchaus in einem solchen Zusammenhang und mit dieser Konzeption an den Mann / die Frau gebracht werden können, ja sogar mit einem unglaublichen Zuspruch. Ein zentraler Vorteil war dabei gerade, dies nicht zurückhaltend im Hintergrund des Platzes zu tun, sondern offensiv auf die Menschen zuzugehen. Beispielsweise durch offene Zelte zum Besucherstrom hin. Wenn man so will durch eine Rückkehr auf den "Marktplatz", die "Agora". Nicht zu unterschätzen ist dabei eine gekonnte Moderation, welche die aktuell Anwesenden immer wieder ausdrücklich zum Dialog auffordert und im beschriebenen Fall den Platz sowie das Anliegen des Programms "ins Gespräch" brachte. Aber auch die Heterogenität der Programmpunkte trug neben der Öffentlichkeit wesentlich zu diesem Erfolg bei. So wurden die verschiedenen Facetten des Themas Nationalsozialismus und die vielen möglichen Weisen, sich damit auseinanderzusetzen, genauso deutlich wie die unterschiedlichen Zugänge zu demokratischen Errungenschaften in einer modernen Polis.



## 4. "Res Publica": Öffentlichkeit durch aufsuchende politische Bildungsarbeit sicherstellen

*"Die demokratische Funktion öffentlicher Räume jenseits der Repräsentation und Symbolik wird Huning zufolge in der Stadtplanung weitgehend vergessen und bedarf erneuter Aufmerksamkeit" (Lambert 2009, S. 9).*

Zurück zum Ausgangspunkt dieser Überlegungen: "Politik existiert niemals einfach um des Lebens willen" (Arendt <sup>2</sup>2003, S. 47). Die biologischen Lebensnotwendigkeiten von Menschen weisen für Sokrates und Aristoteles auf ein inhärentes Ziel hin: Das "Gute Leben", wie es in einer Polis gemeinschaftlich möglich scheint. Eine zentrale Aufgabe von Politik stellt es für beide dar, den Menschen, die im politischen Gemeinwesen übereinkommen, dieses gute Leben zu ermöglichen und zur gemeinsamen Sache (res publica) zu machen. Die endgültige Frage nach dem Guten Leben muss dabei – nach wohlüberlegten Debatten und kritischen Diskussionen – den Individuen überlassen bleiben. Diese Entscheidung bedeutet eine demokratische und aufgeklärte Entscheidung, bei welcher Zusammenhänge mit dem Gemeinwohl hergestellt und damit Urteilskraft gebildet wird (vgl. hierzu auch Negt 2010).<sup>10</sup> Und hier schließt sich der Kreis in die Antike und zu Sokrates sowie seinen Nachfolgern. Das Gute (Leben) zu finden setzt voraus, es überhaupt zu suchen. Angeregt durch kritische Fragen und angeleitet durch alternative Beispiele. Dieses gute Leben und seine Suche finden jedoch nicht in Utopia, also einer Nicht-Örtlichkeit, statt.<sup>11</sup> Wenn, dann kann diese Idee nur an ganz realen Orten gesucht, gefunden und verwirklicht werden. Neben den klassischen Einrichtungen der politischen Bildung eben in der Öffentlichkeit oder dem öffentlichen Raum - verstanden in einem sehr weiten Sinn.

"Die urbanistische Struktur der Stadt ist sowohl Ergebnis, als auch Voraussetzung des gesellschaftlichen Lebens. Sie ist nicht nur ein Spiegel der realen Lebensverhältnisse, sondern ein primäres formierendes Prinzip: Durch die Strukturierung der Stadt gibt die Gemeinschaft der

---

<sup>10</sup> Hier teile ich uneingeschränkt die Auffassung von Amartya Sen und Martha Nussbaum, dass es bei der Behandlung von politischen Meinungen immer um reflektierte Meinungen und Interessen gehen muss. Beide sind insofern Liberale, als die Freiheiten der Wahl der Verfolgung der eigenen Interessen bei den Individuen bleibt. Aber die reale Ausübung der Freiheit auch davon abhängig ist, welche Alternativen man hat und vor allem, ob man um diese weiß. Was wiederum auf die diskursiven und reflexiven Komponenten hinweist.

<sup>11</sup> Der Begriff der Utopie "entstammt dem Titel *De optimo rei publicae statu deque nova insula Utopia* (Vom besten Zustand des Staates oder von der neuen Insel Utopia) des 1516 erschienenen Romans des englischen Staatsmanns Thomas Morus, der darin eine ideale Gesellschaft beschreibt, mit deren Hilfe er seinen Zeitgenossen einen kritischen Spiegel vorhält" (Wikipedia: [Utopie](#), 16.04.2011). Die Mitglieder einer idealen Gesellschaft leben in Thomas Morus' Utopia ursprünglich eben nicht in der Zukunft, sondern an einem sehr weit entfernten Teil der Welt. Demgegenüber liegt eine Utopie im heutigen Verständnis fast immer in der Zukunft. Insofern kann man auch hier ganz real an die Historie anknüpfen und die Utopie eines Guten Lebens und eines gerechten politischen Gemeinwesens zurück in die räumliche Gegenwart holen.

Bewohner ihrem gesellschaftlichen Leben bestimmte signifikante Formen" (Hölscher 1998, S. 12). In einigen Kommunen gibt es schon seit Längerem eine Planungsbeteiligung bei der Gestaltung öffentlicher Freiräume wie (Spiel-) Plätze, Grünanlagen und Parks. Die späteren Nutzer /-innen sollen so vorzeitig mit einbezogen werden, um nach Fertigstellung eine hohe Akzeptanz zu erreichen. So sollen einerseits teure Fehlplanungen vermieden werden, andererseits aber Konflikten vorgebeugt werden, die sich besonders bei kontrovers diskutierten Gestaltungsvorschlägen ergeben. Die Erfahrungen sind auch insofern ermutigend, als sich bei einer echten Beteiligung nicht nur eine höhere Akzeptanz ergibt, sondern auch eine erhöhte Verantwortung für den gemeinsamen Freiraum. Bei einem solchen Vorgehen verschiebt sich die Perspektive vom Raum als "Behälter", in dem soziale Handlungen ablaufen dahin, dass Räume und Öffentlichkeit wiederum *durch* Kommunikation und Handlung erzeugt werden (vgl. hierzu Wardenga 2002).



**Abbildung 12: Luitpoldblock und Platz der Opfer des Nationalsozialismus<sup>12</sup> in München**

Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus in München (Grünanlage rechts) in seiner normalen städtebaulichen Nutzung als öffentliche Anlage. Bereits die Benennung 1946 sorgte für erhebliche Unruhen in der Münchner Bevölkerung. Bis heute ist diese Bezeichnung auch keine offizielle Postadresse und die Installation des Mahnmals und der Gedenksteine hat wenig dazu beigetragen, dass dieser Platz als Platz und in Auseinandersetzung mit der Geschichte in der Münchner Öffentlichkeit angenommen wurde. Der Platz soll neu gestaltet

<sup>12</sup> Der geografische Anlass für die Benennung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus in München war das benachbarte Wittelsbacher-Palais an der Brienner Straße 50 (heute 20). Das Palais diente ab 1933 als Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und war damit Zentrum der politischen Verfolgung gewesen. 1944 wurde es zerstört.

"Es gibt in München einen Platz, der heißt 'Platz der Opfer des Nationalsozialismus'. Alle Münchner kennen ihn, nur wenige Münchner wissen, daß er so heißt. Schräg gegenüber, im Wittelsbacher Palais, hatte die Gestapo ihre Zentrale. Das wissen noch weniger Münchner" (Schneider 2002).

werden (Visualisierungen unter:

<http://www.muenchen.de/Rathaus/bau/projekte/archiv/projekte10/403416/index.html>, 23.07.2011). Bleibt zu hoffen, dass das Anliegen einer demokratischen Öffentlichkeit im Rahmen dieser Neugestaltung seinen Ausdruck findet, damit "sich Gemeinwesentugenden bewegen und bewähren können" (Negt 2010, S. 499).

Bild: Luitpoldblock. Verwendung unter den Bedingungen der Creative Commons 3.0. Verfügbar unter:

<http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/68/Luitpoldblock.jpg>

"Damit besitzt der öffentliche Raum in seiner pluralen Zusammensetzung ebenfalls ein bedeutsames Konfliktpotential, da in ihm soziale und kulturelle Widersprüche deutlich werden können, die in der Privatheit erfolgreich ausgegrenzt werden" (Lambert 2009, S. 6). Die Nutzung von Räumen und Plätzen im Rahmen institutionalisierter politischer Bildung ist bisher überwiegend eine Angelegenheit von Erinnerungsarbeit geblieben. Obwohl es gerade aus diesem Bereich sehr viele gute Erfahrungen damit gibt, über besondere Orte oder Gebäude Wissen zu vermitteln. Doch auch hier gilt in der Regel, dass sich bisher die Menschen zu den eigens dafür präparierten Räumen hin begeben (müssen). Ob Menschen diese ausgewählten Orte als politisch und historisch bedeutsam ansehen, ist wiederum ein Prozess politischer Bildung im Vorfeld. Bei einer Umkehrung des Prinzips wäre der "Marktplatz" als öffentlicher Raum sehr weit zu fassen. Insofern handelt es sich bei den skizzierten Gedanken um ein äußerst lebenspraktisches Modell. Dabei ist "der Anmutungscharakter, die Aura, die sinnliche Dimension von Orten, sehr ernst zu nehmen" (Ciupke 2006, S. 99). Wie wichtig Plätze als Zentrum für das Politische und politische Öffentlichkeit sind, mag man am Beispiel der Montagsdemonstrationen in Leipzig, welche die friedliche Revolution in der DDR 1989 einleiteten, fest machen, die sich auf dem Karl-Marx-Platz sammelten. Oder auch - negativ - am Beispiel des 4. Juni 1989: "Das Tian'anmen-Massaker ist der blutige Endpunkt monatelanger Proteste der chinesischen Demokratiebewegung auf dem Platz des himmlischen Friedens" (Wikipedia, [Platz des Himmlischen Friedens](#) 29.05.2011).

Verortet man politische Bildung bereits bei alltagspraktischen Entscheidungen und auf Ebenen der Handlungsalternativen, dann lassen sich diese Ebenen, vor allem aber ihre Orte, für politische Reflexionen nutzen. Öffentliche Räume "existieren nicht einfach per se, sondern werden als Produkte spezifischer Interessen an die diversen Adressaten über mannigfache Kommunikationskanäle verschickt" (Öhl & Vielhaber, S. 7f). Es geht in keinem Fall um öffentliche Räume im juristischen bzw. eigentumsrechtlichen Sinn, auch wenn sich diese vielfach als Experimentierfeld anbieten. Es geht, das sollte aus den Ausführungen deutlich geworden sein, auch um quasi-öffentliche und private Räume im Sinne des Eigentumsrechts. Diese fangen bei der Straße des Wohnens an, gehen über den belebten Einkaufsplatz hin zu dem Ort, an dem die Menschen in einem konkreten Betrieb arbeiten oder sich in ihrer Freizeit in Clubs treffen und austauschen. Ihre Öffentlichkeit ergibt sich jeweils aus der Zuschreibung beispielsweise einer betriebsinternen Öffentlichkeit. Auch in Betrieben existieren "öffentliche" Orte, an denen abstrakte politische Forderungen, wie beispielsweise Mindestlohn, faire Ar-

beitsbedingungen oder aber Integration und Multikulturalität mit konkreten und praktischen Inhalten gefüllt werden können.<sup>13</sup>



**Abbildung 13: Siena - Piazza del Campo (Italien)**

Städtebaulich sind Plätze als Zentren des urbanen Lebens freie Flächen, oft umringt von Gebäuden. "So lange es Städte gibt, gibt es auch zentrale Orte, an denen man sich versammelte und handelte" (Wikipedia: [Platz](#), 29.11.2011). Bekannt für die politische Öffentlichkeit sind nicht nur die Agorai in den Zentren der Poleis und das Forum (Romanum) im Römischen Reich, sondern auch viele Plätze, die in politischen Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spiel(t)en.

Bild: Felicity and Phillip. Verwendung unter den Bedingungen der Creative Commons 2.0

<http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4a/Siena-view.jpg>

Am Beispiel der Station "Brücken zur Demokratie" gezeigt: Aus der topografischen Gegebenheit des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus wurde die genannte Station mit ihrem Programm und den unterschiedlichsten kommunikativen Angeboten. Und bereits das Treffen und Debattieren unterschiedlichster Menschen auf dem Platz ist hochpolitisch: Es setzt die Anerkennung der jeweils anderen als gleich (im Sinne von gleichberechtigt) voraus, wenn es funktioniert. Als Szenario für die Zukunft bedeutet eine Fortschreibung, wenn man es als politischen Gestaltungsauftrag ernst nimmt, dass nicht mehr die Menschen zur politischen

<sup>13</sup> An diesem Beispiel zeigt sich auch, dass die Trennung in Politische Bildung und Berufliche Bildung nicht nur antiquiert ist. Sondern funktional verkehrt - unter der Perspektive, das Politische, das ja auch konkrete Arbeitsbedingungen (vgl. hierzu wiederum Arendt <sup>2</sup>2003 oder Nussbaum 1999) umfasst, öffentlich mit den Betroffenen zu klären.



Bildung (bzw. in die Räume der jeweiligen Bildungsinstitutionen) kommen sollten, sondern die politische Bildung zu den Menschen gehen muss. Ganz analog der aufsuchenden Jugend- oder Sozialarbeit (ohne dies unmittelbar vergleichen zu wollen). Darauf sind jedoch die verschiedensten Institutionen weder strukturell, noch finanziell vorbereitet. Und in manchen Fällen sicher noch nicht einmal gedanklich.

#### **4.1 Denk-Orte: Zur räumlichen Struktur öffentlich geförderter politischer Bildung**

Dieser Artikel will mitnichten zeigen, dass es nicht zahlreiche Initiativen und Projekte gibt, die sich im gemeinten Sinn betätigen.<sup>14</sup> Denn viele öffentliche Räume bieten genau das, was man traditionell als niedrigschwelligen Zugang bezeichnet. "Öffentliche Räume übernehmen die Funktion von Lernorten und werden damit zu zentralen Medien einer politischen Bildung, die auf Nachhaltigkeit abzielt" (Öhl & Vielhaber, S. 11). Doch die großen, in der Regele staatlich oder kommunal finanzierten Bildungsträger und Politischen Institutionen haben das bisher nur sehr unzureichend in ihren Bildungsprogrammen vertreten oder als Auftrag explizit formuliert. Jenseits des Problems fehlender Strukturen und unzulänglicher finanzieller Ausstattung der traditionellen Bildungsinstitutionen im Bereich der politischen Bildung lässt sich insofern auch zeigen, dass dieser Schritt politisch gewollt werden muss, um sich anschließend umsetzen zu lassen. Die Öffentlichkeit, die für eine aufsuchende politische Bildungsarbeit benötigt wird, hat wiederum räumliche Grenzen. Bereits die Griechen "waren sich [...] der Tatsache wohl bewußt, daß die Polis, die dem Handeln und Reden den Vorrang vor allen anderen Tätigkeiten gegeben hatte, nur bestehen konnte, wenn die Zahl der Bürger in Grenzen gehalten wurde" (Arendt <sup>2</sup>2003). Es geht hierbei in der Regel um die jeweiligen kulturellen Communities, Vereine, Nachbarschaftshilfen und - in einem positiven Sinn - Stammtische. Was wiederum an die Geschichte politischer Bildung anschließt<sup>15</sup> und betont, "dass der soziale Zusammenhalt von lokalen Gemeinschaften von Bindung an *place* stark beeinflusst wird, genauer vom 'sense of belonging to place'" (Fürst, Lahner & Pollermann 2008, S. 72 - Hervorhebung im Original).

---

<sup>14</sup> Hierzu verweise ich auf den interessanten Artikel von Klaus-Peter Hufer (2011). Es gelten dabei auch seine Bedenken uneingeschränkt, dass oft nach dem Sankt-Forians-Prinzip "Potentielle Bedrohungen oder Gefahren" nicht gelöst, "sondern auf andere verschoben werden" sollen (S. 21). Und es liegt wohl in der Natur der Sache, dass insbesondere nur lokal agierende Initiativen in der Regel einen solch verengten Blick haben und oft eher die eigenen Privilegien verteidigt werden. Gerade deshalb wäre es aber eine lohnende Aufgabe für politische Bildungsarbeit, um die "Demokratisierung möglichst aller Lebensbereiche sowie die Partizipation und Mündigkeit aller" zum Thema zu machen (a.a.O.).

<sup>15</sup> "Der eigentliche Aufbruch ins Zeitalter der Massenparteien fand allerdings in Stadt und Land seit der Märzrevolution durch die Gründung lokaler politischer Vereine statt" (Wollstein 2010, S. 39). So wichtig die lokalen Vereine und ihre Treffpunkte waren, so bedeutend waren auch ihre unterschiedlichen Zugänge. Neben Flugblättern beispielsweise auch politische Lieder oder Lyrik. Und auch "Moritatensänger bereiteten die Politik auf ihre Weise auf" (a.a.O.).



**Abbildung 14: Breslau - Ring (von der Ostseite)**

Öffentliche Plätze in urbanen Zentren, wie hier in Breslau, sind frei zugänglich und muten deshalb oft unpolitisch an. Doch Öffentliche Räume sind unter ihren gesellschaftlichen Konstruktionskriterien immer mit Ideologien verbunden und von politischen Intentionen erfüllt. "Kein öffentlicher Raum ist jemals als Produkt eines wirklichen demokratischen Entscheidungsprozesses entstanden, sondern war und ist immer der Repräsentation von Herrschaft, Gesellschaft oder Kapital verpflichtet" (Öhl & Vielhaber, S. 12). Gerade dieser Widerspruch kann äußerst produktiv bei der Wiederaneignung des Öffentlichen genutzt werden um bewusst zu machen, dass sie beim "wahrnehmen, vermeiden, bewundern oder etikettieren" (a.a.O.) diesen Funktionalitäten gehorcht.

Bild: Julo. Verwendung als gemeinfreie Datei. Verfügbar unter der URL:

<http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/dd/Wroclaw-Rynek-7.2005.jpg>

Abgesehen von den Stadtteilrundgängen, die in vielen Bildungsprogrammen (und im Tourismus) mittlerweile einen festen Stellenwert haben und sich zum Teil auch refinanzieren, ist das größte Problem die finanzielle Ausstattung. Nicht die rein monetäre Dimension ist hier zentral, sondern die Möglichkeit Menschen damit zu betrauen, Veranstaltungen in der Öffentlichkeit entsprechend zu planen, zu begleiten und auszuwerten. Zumindest die drei letztgenannten Projekte waren äußerst zeit- und personalintensiv. Im Rahmen der Station "Brücken zur Demokratie" konnte das Programm trotz einer guten finanziellen Ausstattung über den Etat des Altstadtringfestes nur deshalb so erfolgreich umgesetzt werden, weil die beteiligten (Bildungs-) Institutionen in der Regel nur Materialkosten und Auslagen erhielten.

Ein großer Teil des Geldes war für die infrastrukturelle Ausstattung notwendig, der Rest wurde für die Referenten /-innen sowie darbietenden Künstler /-innen aufgewandt.

Ganz generell gilt sicher die Feststellung, dass gesellschaftliche Selbstorganisationsprozesse nur eine begrenzte Reichweite aufweisen, sollten sie ausschließlich auf eigene Ressourcen und Finanzierungen angewiesen sein. Auch die Arbeit in Netzwerken, die Politische Bildung heute auszeichnet, ist ressourcenaufwändig. Insofern ist das Plädoyer einer aufsuchenden politischen Bildungsarbeit keine Forderung nach Abschaffung der institutionellen Träger. Eher ist das Gegenteil der Fall: Diese werden benötigt, um stabile Kooperationsstrukturen zu gewährleisten und damit förderliche Rahmenbedingungen für die regionalen Gemeinschaften und ihren Diskurs zu schaffen. Im Idealfall lässt sich davon mindestens ein Synergieeffekt erhoffen: Neu(e) politisierte Menschen die Lust darauf haben, sich im Bereich des Politischen weiterzubilden oder ihre eigenen Kompetenzen zu erweitern - um dann wieder zu den institutionellen Trägern und in ihre Räume zurückkehren.

#### ***4.2 Interne Öffentlichkeit: Zum Politischen in "unpolitischen" Kursen***

Und noch ein Zukunftsszenario bietet sich in diesem Zusammenhang zur Diskussion an: Klassische Angebote zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus oder zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit fruchten überwiegend bei einer Klientel, die von sich aus schon die "richtige" Einstellung hat. Das ist nicht schlecht und es sind für diese Klientel auch wichtige Bildungsangebote. Dennoch bleibt es schwierig, beispielsweise an Menschen heranzukommen, die in Teilen rechtsextreme Denkmuster vertreten oder affin für undemokratische Ideen sind (vgl. zum Folgenden Klier & Rühle 2008). Vielleicht kann mit der Dimension von Öffentlichkeit auch dieses Thema erfolgreich angegangen werden. In alltäglichen Seminarsituationen zu ganz anderen Themen, so die These, gibt es oft Anlässe und Gelegenheiten, das Thema aufzugreifen. Teilnehmende treffen sich in den unterschiedlichen Zusammenhängen zunächst rein "privat" auf Seminaren, auch wenn es thematisch beruflich induziert ist. Im Sinne der Ausführungen handelt sich hierbei um eine interne Öffentlichkeit, in der sich die einzelnen Teilnehmenden wiederfinden. Diese Öffentlichkeit nutzen sie spätestens, wenn sie "politisch werden". Seien es eine ausländerfeindliche Bemerkung während einer Diskussion, seien es gewaltverherrlichende Beiträge oder gar spezifische rechtsextreme Argumentationsmuster in den Pausen oder am Abend. Für die meisten Referenten /-innen ist es schwer, dies adäquat wahrzunehmen und einzuordnen. Vor allem ist eine Auseinandersetzung damit in der Seminaröffentlichkeit mit Angst besetzt. Das ausgeschriebene Seminarthema bleibt dann auch deshalb im Vordergrund, um diese Vorfälle nicht öffentlich aufzugreifen und zum Thema des Seminars zu machen. Es könnte theoretisch zu einem Scheitern des Gruppenprozesses führen und ganz praktisch die Evaluationsergebnisse nach unten drücken.



**Abbildung 15: Chemieunterricht im Gymnasium, Juni 1988**

Politische Bildung ist eigentlich eine Querschnittsaufgabe. Auch für Schulen gilt deshalb, dass sie nicht nur im Sozialkunde oder Ethikunterricht stattfinden sollte. Im Prinzip gibt es in jedem Schulfach die Möglichkeit, über die "interne Öffentlichkeit" Themen der Politischen Bildung aufzubereiten. So beispielsweise im Chemieunterricht, sei es im Rahmen von Experimenten oder auch nicht. Hier könnte auf "Großversuche" oder technologische Großexperimente wie beispielsweise die Atomenergie verwiesen werden. Welche Interessen hinter den technischen oder sozialen Szenarien stecken. Und wie es sich um die Auswirkungen für künftige Generationen - wie eben die Schüler /-innen - verhält.

Bild: Deutsches Bundesarchiv, B 145 Bild-F079063-0034. Verfügbar unter:

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/fc/Bundesarchiv\\_B\\_145\\_Bild-F079063-0034%2C\\_Bonn%2C\\_Gymnasium%2C\\_Chemieunterricht.jpg](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/fc/Bundesarchiv_B_145_Bild-F079063-0034%2C_Bonn%2C_Gymnasium%2C_Chemieunterricht.jpg)

Positiv übertragen auf den Schulunterricht würde die interne Öffentlichkeit bedeuten, Politische Bildung nicht nur im Rahmen der Sozialkunde zu betreiben. Sondern sich in nahezu jedem Fach dieses Themas anzunehmen, wenn sich der Stoff dafür gerade anbietet. Beispielsweise im Rahmen von Geografie und Erdkunde tatsächlich Räume beispielsweise auf Machtstrukturen hin zu untersuchen, die sich in Gebäuden zeigen. Oder Sprachen lernen zu verknüpfen mit kultureller Bildung. Auch Physik und Chemie eignen sich dazu, beispielsweise Großtechnologien als politische Entscheidungen zu kennzeichnen. Es hieße, den Beutelsbacher Konsens<sup>16</sup> positiv zu erweitern. Nicht mit einer politischen Meinung zu überwältigen,

<sup>16</sup> Der Beutelsbacher Konsens legt die gemeinsamen Grundsätze der politischen Bildung fest und umfasst die drei Kriterien Überwältigungsverbot (bzw. Indoktrinationsverbot), Kontroversität (Gegensätzlichkeit) und Schülerorientierung. "Das Prinzip Schülerorientierung soll Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Position zu analysieren und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen, indem sie 'nach Mitteln und Wegen [zu] suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Inte-



sondern zu zeigen, dass sich Politik in sehr vielen alltäglichen Strukturen und öffentlichen zeigen lässt. Und jeder in der Regel eine politische Meinung hat. Wodurch sich Gedankenexperimente und (fast) alle Formen von schulischer Projektarbeit fast schon von alleine anbieten.

#### **4.3 Argumentieren: Zu didaktischen und politischen Kompetenzen der Bildung im Raum des Öffentlichen**

Die Auswahl eines geeigneten öffentlichen Raumes zur Umsetzung politische Bildung setzt einige didaktische Überlegungen und politische Kompetenzen voraus. Neben geografischen und funktionalen Überlegungen sind die Gedanken zur Bedeutung des jeweiligen Raumes für die Zielgruppe zentral. Für die Teilnehmer /-innen muss selbst erfahrbar werden, was den politischen Gehalt des Raumes ausmacht, um diesen Gehalt diskursiv verfügbar machen zu können. Öffentlichkeit bedeutet dabei, dass es vor der Allgemeinheit "erscheint, für jedermann sichtbar und hörbar ist, wodurch ihm die größtmögliche Offenheit [...] [und] Wirklichkeit zukommt" (Arendt <sup>2</sup>2003, S. 62 - Auslassungen und Ergänzung durch A.K.). Gerade die Offenheit ist das Unterscheidungskriterium zum rein Privaten und Intimen. Öffentlicher Raum, verstanden als gemeinsame Welt des Lernens, Denkens und Handelns ermöglicht es, dass Trennendes und Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen deutlich gemacht werden können. Es ist für die politische Bildung dabei nicht gleichgültig, wie groß die jeweilige Gruppe ist. Voraussetzung für eine Teilnahme an Diskursen in der Öffentlichkeit ist, die eigenen Positionen begründen und argumentativ vortragen zu können. Und den immer möglichen Tatsachenbezug nicht zu vergessen.<sup>17</sup> Das begrenzt gegenüber "Kundgebungen" und Vorträgen oder Vorlesungen das Publikum.

"Die Menge auf etwas aufmerksam zu machen heißt: dem gesunden Menschenverstand auf die Spur helfen" (Gotthold Ephraim Lessing, Beweis des Geistes und der Kraft). Ob Menschen anderen Menschen Rechte zubilligen ist eine Frage, die sich real am Sprechen und Handeln in der Öffentlichkeit festmachen lässt. Ein solches Verhalten ist immer politisches Handeln, da auch das Sprechen einen Handlungsakt darstellt. Menschen brauchen die Gegenwart anderer die ihnen der Realität ihres Seins versichern. "Die Konfrontation mit dem 'Anderen'

---

ressen zu beeinflussen" (Wikipedia: [Beutelsbacher Konsens](#); 25.04.2011). Gerade die Orientierung an der eigenen Lebenswelt ermöglicht es, beispielsweise schulinterne Öffentlichkeit zur Politischen Bildung zu nutzen.

<sup>17</sup> Dieser Anteil von Öffentlichkeit ist für jegliche Form politischen Argumentierens zentral. "Die Gegenwart anderer, die sehen, was wir sehen, und hören, was wir hören, versichert uns der Realität der Welt und unser selbst" (Arendt <sup>2</sup>2003, S. 63). Argumentieren bedeutet im Wortsinne etwas zu beweisen (Argument = lat. Beweisgrund oder Beweismittel). Argumentieren dient auch in der politischen Bildung dazu, die Gesprächspartner /-innen von der Richtigkeit oder Unkorrektheit einer These zu überzeugen. Argumente sind insofern ein wesentliches Mittel im Bereich der politischen Dialoges. Sie sind dabei "Äußerungen, die durch überprüfbare Tatsachen bewiesen oder durch Berufung auf Autorität belegt werden. (Bsp: Wissenschaftliche Tests, Untersuchungen oder Ähnliches)" (Wikipedia: [Argument](#); 20.04.2011). Erst im zusammenhängenden Argumentieren unter Bezug auf die Realität der Öffentlichkeit kann schließlich politische Überzeugungsarbeit geleistet werden.

und das können neben dem Ort auch der soziale Kontext, die Menschen, denen man in der Exkursion begegnet, sein - ermöglicht auch eine neue Selbsterfahrung, denn 'Eigenes' wird im Spiegel des Anderen neu gesehen" (Ciupke 2006, S. 100). Dieser Gedanke wurde am prägnantesten von den Philosophen des Deutschen Idealismus (Kant, Fichte, Schelling und Hegel) formuliert. Am deutlichsten durch Hegel in seinem Kapitel "Herrschaft und Knechtschaft" in seiner "Phänomenologie des Geistes"<sup>18</sup>. Übertragen bedeutet dies, dass Ziel der politischen Bildung immer auch sein muss, ein Selbstbewusstsein im umfassenden Sinn zu erzeugen. Sich seiner selbst bewusst dadurch zu werden, dass man mit anderen in den politischen Diskurs eintritt und dabei über sich selbst und an sich gestellt politische Anforderungen erfährt. Nicht nur für Hannah Arendt findet der Mensch erst im Politischen, also im Sprechen und Handeln in der Öffentlichkeit, seine Erfüllung. Soweit muss man sicher nicht gehen, um die Bedeutung der Öffentlichkeit und ihrer jeweiligen Orte für die politische Bildungsarbeit einzuschätzen.

Politische Bildung = Demokratiebildung = demokratische Bildung. Auf diese kurze Formel könnte dabei der didaktische Anspruch gebracht werden. In einer leichten Abwandlung heißt die pädagogische Grundfrage politischer Bildung dann: **Wo** "können Menschen und Gruppen in der Gesellschaft lernen ihr Zusammenleben durch die Herstellung und Durchsetzung von allgemeiner Verbindlichkeit demokratisch zu gestalten und zu regeln [...]" (Henkenborg 2004, S. 2). Denn im Sinne einer demokratischen Bildung ist zu beachten, dass Politische Bildung selbst demokratisch *und öffentlich* stattfinden muss. Das bedeutet, dass die Entscheidungsfreiheit der Bürger /-innen in allen Bereichen gewährleistet ist, dass sie in die Entscheidungsfindungen selbst mit eingebunden sind. Martha Nussbaum nennt dies "reflexive Politik". In der Übertragung auf das Thema dieses Aufsatzes stellt sich ein letztes Mal die Frage, in welcher Form, vor allem aber an welchem Ort diese "reflexive Politik" realistisch stattfinden kann. Und auch hier wäre darauf zu verweisen, dass dies - ganz praktisch gedacht - zumindest auch in der Öffentlichkeit und deren Plätzen stattfinden muss. Nur so lässt sich im Zeitalter des (Kultur) Relativismus eine Theorie über das Politische formulieren, das Gerechtigkeit als Voraussetzung enthält und in einer globalisierten Welt von allen Menschen und ohne Bevormundung, also in freier Entscheidung, angenommen werden kann. Wenn politische Entscheidungen zumindest getragen werden von Auseinandersetzungen um Interessen und in einem Ringen um das Gute Leben. An ganz realen und alltäglichen Orten und nicht (nur) in speziell dafür geschaffenen Gebäuden oder Zimmern.

---

<sup>18</sup> "Das Selbstbewußtsein ist an und für sich, indem, und dadurch, daß es für ein Anderes an und für sich ist; d.h. es ist nur als ein Anerkanntes" schreibt Hegel in der berühmten Abhandlung "Herrschaft und Knechtschaft" (1807) innerhalb der Phänomenologie des Geistes. Die gegenseitige Anerkennung von Menschen erst ermöglicht es, ein politisches Selbstbewusstsein herauszubilden. Und in kritischer Reflexion in Öffentlichkeit mit den jeweils anderen zu sich selbst zu finden.

Den Zusammenhang und die Bedingung von Individualität und Öffentlichkeit hat Karl Marx in seinen Ökonomisch-philosophischen Manuskripten (1844) ebenfalls prägnant formuliert: "Es ist vor allem zu vermeiden, die 'Gesellschaft' wieder als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren. Das Individuum ist das gesellschaftliche Wesen. Seine Lebensäußerung – erscheine sie auch nicht in der unmittelbaren Form einer gemeinschaftlichen, mit andern zugleich vollbrachten Lebensäußerung – ist daher eine Äußerung und Bestätigung des gesellschaftlichen Lebens" (S. 539f).

## 5. Literatur

- Aristoteles (1994): Politik. In der Übersetzung von Franz Susemihl. Reinbek: Rowohlt
- Arendt, H. (2003): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München: Piper
- Biermann, K. (2009): Braunschweig vertreibt die Internet-Meute [HTML]. Erschienen in: Die Zeit Online. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/online/2009/31/flashmob-braunschweig-sylt/seite-1> [16.07.2011]
- Borkel, A. (2005)(Hrsg.): Lebenswelt Stadt. Die Stadt als Schwerpunktthema an Volkshochschulen [PDF]. Verfügbar unter: [http://www.die-frankfurt.de/esprid/dokumente/doc-1995/borkel95\\_01.pdf](http://www.die-frankfurt.de/esprid/dokumente/doc-1995/borkel95_01.pdf) [06.03.2010]
- Ciupke, P. (2006): Lernen an anderen Orten: Exkursionen, Erkundungen, Reisen. In: Praxis Politische Bildung Nr. 2/2006, S. 94 - 103
- Fürst, D.; Lahner, M. & Pollermann, K. (2008): Regional Governance und Place-making in Kulturlandschaften. In: Fürst, D.; Gailing, L.; Pollermann, K. & Röhring, A. (Hrsg): Kulturlandschaft als Handlungsraum. Detmold: Rohn, S. 71 - 89
- Hegel, G. W. F. (1807): Phänomenologie des Geistes [PDF]. Verfügbar unter: <http://www.e-text.org/text/Hegel,%20GWF%20-%20Ph%E4nomenologie%20des%20Geistes.pdf> [24.04.2011]
- Henkenborg, P. (2004): Expertise zur politischen Bildung [PDF]. Didaktisch grundsätzliche Überlegungen im Rahmen des Kongresses "Abenteuer Bildung" der Bundeszentrale für Politische Bildung. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/files/KVCLB2.pdf> [15.06.2011]
- Hölscher, T. (1998): Öffentliche Räume in frühen griechischen Städten. Heidelberg: Winter
- Hufer, K.-P. (2011): Zwischen den Stühlen. Politische Bildung und die neue Bürger- und Protestbewegung. In: Journal für Politische Bildung Nr. 1/2011, S. 20 - 26
- Klier, A. & Rühle, M. (2008): Unveröffentlichter Bericht an das Kulturreferat der Landeshauptstadt München zum Projekt "Qualifizierung von Referenten und Referentinnen zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus. Ein Projekt im Rahmen der Überlegungen zu Anforderungen an ein Bildungskonzept für das geplante NS-Dokumentationszentrum"
- Klier, A. (2010): Argumentieren gegen Stammtischparolen. Eine Handreichung für den Argumentationstrichter [PDF]. Verfügbar unter: <http://www.alexander-klier.net/downloads/argumentationstrichter.pdf> [20.04.2011]
- Lambert, L. (2009): Der öffentliche Raum als soziale und politische Sphäre von Öffentlichkeit [PDF]. Verfügbar unter: <http://www2.hu-berlin.de/stups/sites/default/files/fruehling-2010/laura-lambert-der-oeffentliche-raum-als-soziale-und-politische-sphaere-von-oeffentlichkeit.pdf> [18.04.2011]
- Negt, O. (2010): Der politische Mensch: Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl
- Neidhardt, H. (2006): Orte der Lernermöglichkeit. Wie Kontextmerkmale Lernprozesse unterstützen. In: DIE (Hrsg.): DIE Zeitschrift Nr. 4/2006, S. 39 - 41 [PDF]. Verfügbar unter: <http://www.diezeitschrift.de/42006/neidhardt0602.pdf> [20.05.2011]

- Nord Süd Forum München e.V. (2010)(Hrsg.): Münchens Kolonialviertel. Deutsche Kolonialgeschichte und die Auseinandersetzung um Münchner Straßennamen [PDF]. Verfügbar unter: [http://www.nordsuedforum.de/nosforessourcen/doc/nosfo/strassennamen\\_ansichts.pdf](http://www.nordsuedforum.de/nosforessourcen/doc/nosfo/strassennamen_ansichts.pdf) [16.04.2011]
- Nussbaum, M. (1993): Menschliches Tun und soziale Gerechtigkeit. Zur Verteidigung des aristotelischen Essentialismus. In: Brumlik, M. & Brunkhorst, H. (Hrsg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt: Fischer
- Nussbaum, M. (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt: Suhrkamp
- Nussbaum, M. & Sen, A. (1993): The Quality of Life. Oxford: Oxford University Press
- Öhl, F. & Vielhaber, C. (ohne Datum): Politik im öffentlichen Raum. Der öffentliche Raum als Lern-Ort politischer Bildung [PDF]. Verfügbar unter: [http://www.didactics.eu/fileadmin/pdf/Themendossier\\_DPB\\_Politik\\_im\\_366ffentlichen\\_Raum\\_1.pdf](http://www.didactics.eu/fileadmin/pdf/Themendossier_DPB_Politik_im_366ffentlichen_Raum_1.pdf) [17.04.2011]
- Plöchinger, S. (2011): Irre, dieses Internet [HTML]. In: Süddeutsche Zeitung v. 03.07.2011. Verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/digital/debatte-ueber-verbote-innenminister-wollen-facebook-partyexzesse-stoppen-1.1115548> [17.07.2011]
- Rauterberg, H. (2011): Ab nach draußen! Wie ausgerechnet das Internet eine Renaissance des öffentlichen Lebens befeuert [HTML]. In: Die Zeit Nr. 27, 30. Juni. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2011/27/Public-Space> [16.07.2011]
- Rühle, M. (2010): Unveröffentlichter Bericht und Auswertung der Beteiligung des DGB Bildungswerks München zum "Tag der Courage" am 29.08.2010
- Sen, A. (1996): Lebensstandard und Lebenserwartung. In: Spektrum der Wissenschaft, Dossier: Dritte Welt, S. 74 - 81.
- Sen, A. (2000): Der Lebensstandard. Hamburg: Rotbuch Verlag
- Schneider, R. C. (2002): Wer im Glashaus sitzt [HTML]. Vortrag am 06.12.2002 in München anlässlich der Diskussion um ein NS-Dokumentationszentrum. Verfügbar unter: <http://www.hagalil.com/antisemitismus/deutschland/schneider.htm> [24.04.2011]
- Schürmann, T. (2006): Placemaking als Konzept ökonomisch effizienter Standortaufwertung. Eine Analyse englischsprachiger Literatur [PDF]. Herausgegeben von: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) Fachbereich Raumordnung und Landesentwicklung. Verfügbar unter: <http://www.ils-forschung.de/download/placemaking.pdf> [13.06.2011]
- Schillo, J. (2006): Zur Entgrenzung des Politischen. In: Praxis Politische Bildung Nr. 2/2006, S. 118 - 125
- Slawski, R. (ohne Datum): Stadtführungen in Deutschland - Materialien und Handreichungen [HTML]. Verfügbar unter: <http://robert.cyty.com/sid/index.html> [17.04.2011]
- Tesch, S. (2011): Bericht und Auswertung der Beteiligung des DGB Bildungswerks Bayern am "Lernfest 2011" am 23.07.2011 in Ingolstadt. Unveröffentlichter Bericht.
- Wardenga, U. (2002): Räume der Geographie – zu Raumbegriffen im Geographieunterricht [HTML]. Verfügbar unter:



[http://homepage.univie.ac.at/Christian.Sitte/FD/artikel/ute\\_wardenga\\_raeume.htm](http://homepage.univie.ac.at/Christian.Sitte/FD/artikel/ute_wardenga_raeume.htm)  
[18.04.2011]

Wollstein, G. (2010): Entstehung einer pluralistischen Öffentlichkeit. In: Informationen zur Politischen Bildung, Heft 256, S. 36 - 42. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/files/EJGPBR.pdf>  
[23.04.2011]

Wikipedia (2011): Verschiedene Artikel, zitiert: "Wikipedia: LemmaXYZ; Datum des Abrufs).

### **Links:**

Station Brücken zur Demokratie unter: [www.brueckenzurdemokratie.de](http://www.brueckenzurdemokratie.de)

Projekt Placemaking (Öffentliche Räume - Project for public spaces) unter:  
<http://www.pps.org/>

Stadtteilrundgänge der Hamburger Geschichtswerkstätten unter:  
<http://www.geschichtswerkstaetten-hamburg.de/>

Broschüre "Münchens Kolonialviertel. Deutsche Kolonialgeschichte und die Auseinandersetzung um Münchner Straßennamen" unter:  
<http://www.nordsuedforum.de/nosfo/home/index.shtml>

Systematisierung von Stadtführungen in Deutschland unter: <http://robert.cyty.com/sid/index.html>